

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-Militäri-
schen
Gesellschaft

Nr. 5
Januar
1999

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. in Bonn.

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

mit Ihrem ersten Stein-Scharnhorst-Forum am 2. November im Berliner Hotel Adlon hat die *pmg* ihren Fuß nach Berlin gesetzt und folgt damit dem Vorbild zweier bekannter Niedersachsen – Gerhard von Scharnhorst und Gerhard Schröder.

Geschichte wiederholt sich nicht. Und dennoch sind manche Parallelen verblüffend. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte sich das friderizianische System überlebt. Man ruhte sich auf verwelkten Lorbeeren aus. Ein Neuanfang war notwendig. Und die preußischen Reformer hatten den Mut und die Weitsicht, diesen Prozess in Gang zu setzen – politisch und ökonomisch, sozial und militärisch. Deutschland steht wieder einmal vor der Notwendigkeit grundlegender Reformen. Die Konzepte und Strukturen, die uns im Kalten Krieg Sicherheit und Wohlstand gebracht haben, müssen überdacht und überarbeitet werden. Der fundamentale Umbruch in allen Lebensbereichen zeigt Wirkung. Er fordert deutsche Politik heraus, neue Wege zu suchen und zu finden, die gewachsenen innen- und außenpolitischen, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

Im Preußen von 1806 machte eine militärische Katastrophe den Weg für Reformen frei – die vernichtende Niederlage bei Jena und Auerstedt im Jahr 1806 gegen die Truppen Napoleons. Die Wirtschafts- und Verwaltungs-, Bildungs- und Heeresreformen tragen insbesondere zwei Namen – Stein und Scharnhorst. Der Staatsmann Karl Freiherr vom und zum Stein wies den Deutschen – in einer Zeit des großen europäischen Umbruchs – mit weitsichtigen politischen Entwürfen den Weg in die Zukunft. Als freier, aufrechter Mann, ohne Macht- und Geltungsdrang, dem Gemeinwohl verpflichtet, folgte er unbeeindruckt seiner Überzeugung.

Gerhard von Scharnhorst wiederum gelang es, die menschlichen Werte der Bildung, der

individuellen Persönlichkeitsrechte und der sittlichen Freiheit des Menschen mit dem in einer Armee erforderlichen Gehorsam zu vereinen. Sein Ziel war die Einbindung des Soldaten in Staat und Gesellschaft. Sein Werk wurde Vorbild für Selbstverständnis und innere Ausrichtung der Bundeswehr. Es bestimmte nicht zuletzt auch die Wehrstruktur unserer Streitkräfte – die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee.

In dieser Ausgabe

2 Stein-Scharnhorst-Forum

Zusammenfassung einer
Veranstaltung im Berliner
Hotel ADLON

4 Die NATO im 21. Jahrhundert

Vortrag von General
Klaus Naumann

Die Revolution in militärischen Angelegenheiten

Kritische Bemerkungen
von

10 Joachim Rohde und

12 Holger Mey

15 Deutschland und Frankreich nach der Wahl

analysiert von

Ulrike Guerot

Im vereinten Deutschland von heute brauchen wir keine militärischen Katastrophen als Impulsgeber. Wir haben aus der Geschichte gelernt. In einer Zeit dynamischer internationaler Veränderungen kann Kontinuität allein nicht die erforderlichen zukunftsgerichteten Entwürfe sichern. Ohne neue Impulse, ohne Aufbruch ist Kontinuität Stillstand. Deshalb sind Reformen unverzichtbar.

In Erinnerung und vor dem Maßstab der historisch vorbildlichen

Reformwürfe von Stein und Scharnhorst will die Politisch-Militärische Gesellschaft mit dem **Stein-Scharnhorst-Forum** den Weg Deutschlands zwischen Kontinuität und Aufbruch begleiten – deshalb das Leitthema des Forums. Mit ihrem ersten Stein-Scharnhorst-Forum ist der *pmg* ein guter Einstand in Berlin gelungen. Berlin ist ohnehin die richtige Stadt dafür. Stein und Scharnhorst sind fester Bestandteil Berliner Geschichte. Hier haben sie gewirkt. Hier haben sie ihre Spuren hinterlassen. Hier hat man Ihnen Denkmäler gesetzt. In Berlin begegnen wir deutscher Geschichte im Brennglas – eine Begegnung, die uns in ihren Höhen und Tiefen unsere geschichtliche Verantwortung für die Zukunft bewusst macht. Und das Hotel Adlon ist die richtige Stätte für dieses Forum. Bereits seit seiner Gründung im Jahr 1907 setzt das Adlon zukunftsweisende Standards. Ich bin überzeugt, Stein, Scharnhorst und die "Militärische Gesellschaft" hätte sich gern hier getroffen.

Die Teilnehmer des Stein-Scharnhorst-Forums haben sich jedenfalls am 2. November dort sehr wohl gefühlt. Sie konnten neue Verbindungen knüpfen, die *pmg* hat neue Mitglieder und Interessenten gewonnen und die Veranstaltung hatte ein positives Echo in Presse, Funk und Fernsehen. Dies verdanken wir nicht zuletzt ausgezeichneten Vortragenden und Diskussionsbeiträgen. Fazit: Berlin und die *pmg* passen zusammen.

Oberst i.G. Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg

THEMEN

Stein-Scharnhorst-Forum

Eine Zusammenfassung von Major **Michael Hogebe** Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Unter dem Leitthema "**Zwischen Kontinuität und Aufbruch** –

Chancen und Risiken an der Schwelle zu 21. Jahrhundert" fand am 2. November 1998 im Berliner Hotel ADLON das **Stein-Scharnhorst-Forum der Politisch-Militärischen Gesellschaft e. V.** statt. Mit dem Stein-Scharnhorst-Forum begründete die *pmg* ihre Berliner Präsenz. Sie konnte hierzu 100 Mitglieder und Gäste im Berliner Hotel Adlon begrüßen. Die Redner- und Themenliste des Stein-Scharnhorst-Forums spiegelten den umfassenden Ansatz der *pmg* wieder. Das Leitthema wurde unter politischen, militärischen und wirtschaftlichen Aspekten beleuchtet.

Als erster Redner beschrieb **General Klaus Naumann**, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, "Die NATO an der Schwelle zum 21. Jahrhundert". In seinem Beitrag (siehe S. 5 in dieser Ausgabe) unterstrich er die Bedeutung einer angemessenen militärischen Reaktionsfähigkeit der NATO als Voraussetzung eines präventiven, proaktiven Politikansatzes heraus.

- **Karsten Voigt (SPD), MdB: Perspektiven der euro-atlantischen Beziehungen**

Im Anschluss trug **Karsten Voigt**, außenpolitischer Experte der SPD, zu den "**Perspektiven der euro-atlantischen Beziehungen**" vor. Ausgehend von einer Analyse der psychologischen Unterschiede zwischen den Bündnispartnern ging er auf die veränderte Lage Deutschlands ein und leitete Interessen ab. Bündnisverteidigung durch die NATO, so Voigt, bedeutete vor dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts primär die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland. Mit den einschneidenden Veränderungen im geostrategischen Umfeld sei ein anderer Aspekt in den Vordergrund gerückt.

Bündnisverteidigung bedeute heute zunächst bewaffnete Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland

zum Schutz eines Bündnispartners. Hinzu käme der Wunsch der europäischen Nachbarn und der NATO-Partner an das wiedervereinigte Deutschland, **seine außenpolitischen Interessen** zu artikulieren. Deutschland sei im Hinblick auf seine Größe und Bedeutung in und für Europa zu groß, um dies unterlassen zu können. Die uneingeschränkte staatliche Souveränität sei mit der Verpflichtung verbunden, eigene Interessen zu artikulieren, um diese mit den Nachbarn und Bündnispartnern zu harmonisieren und im internationalen Verbund umsetzen zu können.

Voigt betonte die Bedeutung und die Tiefe des skizzierten Wandels, der seit 1990 stattgefunden hat. Insbesondere **die politische Linke** sei betroffen gewesen. Aus ihrer Historie heraus betrachte sie **Militär eher als Gefahr für die Demokratie denn als Gestaltungsinstrument der Außenpolitik**. Die heutige Bejahung des möglichen Einsatzes deutscher Soldaten im Kosovo über alle Parteigrenzen hinweg belege den Umfang des Wandels eindrucksvoll. Weiterhin führte er zu **Frankreich** aus, dass das **geeinte Europa als Widerspruch zum französischen Selbstverständnis als Führungsmacht in Europa** empfunden werde. Es stelle somit die französische Identität in Frage. In der **britischen Wahrnehmung** hingegen werde ein vereintes Europa eher als Gefahr für die historische Bindung an die Vereinigten Staaten von Amerika gesehen. Nach seiner Einschätzung ist eine europäische Synthese aus diesen Antithesen noch nicht gefunden.

Voigt sagte, dass die Vereinigten Staaten von Amerika einen höheren Verteidigungsetat haben, als die europäischen Staaten in der Summe aufbringen. **Die Ausgaben Deutschlands für Verteidigung stellten gar das Schlusslicht in Europa dar**. Dies wertete Voigt als krassen Widerspruch zur erklärten Absicht, die Europäische Union zum gleichwertigen europäischen Pfeiler innerhalb der NATO auszubauen. **Eine**

Gleichwertigkeit herstellen zu wollen, bedeute Aufrüstung der Europäer, was er jedoch als illusorisch ansah. Unerreichbare deklaratorische Ziele, so Voigt, bedeuten Frustration. Als Ausweg favorisierte er die **Integration neutraler Staaten sowie die konsequente Einbindung Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO**, um so den europäischen Pfeiler nachhaltig auszubauen und das von beiden Seiten gewünschte Gleichgewicht herzustellen.

Bezogen auf deutsche außenpolitische Interessen stellte er die Bedeutung der NATO heraus. Solange die NATO bestehe und Deutschland fest in sie integriert sei, sei seine Wahrnehmung durch die Nachbarn als friedlicher Partner sichergestellt. Die militärische Präsenz der USA in Europa als Zeichen der Solidarität sei allerdings Voraussetzung für den Erhalt der NATO und liege damit im originären deutschen Interesse. Darüber hinaus sei die **Osterweiterung der NATO** ebenfalls im deutschen Interesse, da nur durch sie die deutsche Zusammenarbeit sowohl mit Russland als auch mit den neuen NATO-Mitgliedern Polen, Ungarn und der Tschechien möglich werde. Die NATO-Osterweiterung vollende somit die mit der Wiedervereinigung begonnene Integration Deutschlands in Europa.

Voigt stellte im folgenden die **zunehmende Verwundbarkeit von Gesellschaften** dar. Er ging dabei auf die von General Naumann dargestellten Destabilisierungs- und Globalisierungsrisiken ein, mit denen sich das Risiko zunehmend von einer Bedrohung von Territorium entkoppelt und nicht-militärische Strukturen annimmt. Die hiermit verbundene Problematik der Legitimität militärischen Handelns ohne Interventionismus fokussierte er auf die Frage nach der Normierung militärischer Gewalt in Europa. Als Denkansatz bot er die **Entkoppelung der Normierung vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen** an. Die **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**

(OSZE) könne die Normierung wahrnehmen.

In diesem Zusammenhang verwies er auf die notwendig werdende **Erweiterung des Völkerrechts** und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Abschließend verwies Voigt auf Wirtschaft und Kultur als mögliche künftige Spannungsfelder zwischen Amerika und Europa. So könnten beispielsweise die unterschiedlichen Auffassungen über den Begriff der Freiheit im Internet oder Spannungen zwischen den Währungsblöcken Dollar und Euro die Beziehungen nachhaltig belasten. Um diese zu Spannungen auflösen zu können sei eine Veränderung der politischen Kultur in Deutschland und Europa erforderlich. In der folgenden Aussprache wurde der dargestellte Vorschlag zur Weiterentwicklung des Völkerrechts und zur Normierung des Einsatzes militärischer Gewalt kontrovers diskutiert. In diesem Zusammenhang wies Voigt auf die Diskrepanz zwischen der prinzipiellen Gleichheit der Staaten vor dem Völkerrecht und der höchst unterschiedlichen politischen Macht derselben Staaten hin. Die NATO-Osterweiterung vollende somit die mit der Wiedervereinigung begonnene Integration Deutschlands in Europa.

- **Wolfgang Piller, Vorstand DASA: Strategische Neuordnung der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie**

Als dritter Redner sprach **Dr. Wolfgang Piller**, Vorstand DASA Außenbeziehungen, zur **"Strategischen Neuausrichtung der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie"**. Piller unterstrich zunächst die Bedeutung der Luft- und Raumfahrtindustrie (LRI) als politische Industrie. Eine Technologielücke im Bereich der LRI hätte strategische Konsequenzen. Insbesondere die Kooperationsfähigkeit der NATO-Mitglieder hänge langfristig von der wehrtechnischen Äquivalenz des europäischen und transatlantischen

Pfeilers ab. Dies erfordere jedoch eine Bündelung der Kräfte zur Überwindung der Fragmentierung der europäischen LRI. Das DASA-Vorstandsmitglied bezeichnete in diesem Zusammenhang die **Zusammenführung der nationalen Märkte Europas** insbesondere im Bereich der Beschaffung von wehrtechnischen Gütern als **Grundvoraussetzung für das Überleben der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie**.

Als Kriterien für die Zielstruktur der europäischen LRI nannte Piller zunächst eine echte Partnerschaft, die sowohl gleichberechtigte industrielle Führung als auch gleichberechtigte politische Einflussnahme sicherstellt. Darüber hinaus sei die privatwirtschaftliche Orientierung, die einen Zusammenschluss von Firmen gleicher Interessen garantiert, von herausragender Bedeutung. Piller betonte, dass im Prozess der Restrukturierung der LRI hauptsächlich **Frankreich, Großbritannien und Deutschland eine Schlüsselrolle zukomme. Diese drei Länder verfügen über die größten europäischen Märkte und bilden den Nukleus der westeuropäischen LRI.** Es sei von grundsätzlicher Bedeutung, so Piller, dass dieser Nukleus erhalten bleibe. Bilaterale Lösungen bergen die Gefahr in sich, dass die ausgeschlossene dritte Partei gezwungen wäre, nach exklusiven Kooperationen mit amerikanischen Unternehmen zu suchen. Es sei daher ideal, wenn eine multinationale Europäisierung von Anfang an erreicht werden könne.

Piller wies zudem darauf hin, dass derzeit die Unternehmen der Verteidigungsindustrie vornehmlich den eigenen nationalen Markt belieferten. Der amerikanischen Industrie stehe hier der mit Abstand größte eigene Markt zur Verfügung; der Verteidigungsetat der USA betrage das Dreifache des deutschen, britischen und französischen zusammen. Auch auf den unter dem Gesichtspunkt schrumpfender nationaler Verteidigungsbudgets immer wichtiger werdenden Exportmärkten über-

nähmen die Amerikaner, so Piller, die Spitzenposition mit über 50 Prozent Marktanteil.

Im weltweiten Wettbewerb seien die Amerikaner derzeit klar überlegen. Als Gründe dafür nannte er die Umstrukturierung der amerikanischen Luftfahrtindustrie auf nur noch drei bestimmende Firmen: **Boeing-McDonnell Douglas, Lockheed Martin und Raytheon.** Boeing habe zudem seit der Fusion mit McDonnell Douglas gegenüber Airbus den gravierenden Wettbewerbsvorteil, zivile sowie militärische Aktivitäten unter einem Dach vereinen zu können. So stammten 50 Prozent des Umsatzvolumens bei Boeing aus staatlichen Aufträgen. Dies sei soviel wie der gesamte deutsche Verteidigungshaushalt. Piller sprach sich mit Blick auf diese Wettbewerbs- und Marktsituation für eine enge Zusammenarbeit von Politik und Industrie bei der Neustrukturierung der europäischen Märkte und Unternehmensstrukturen aus.

Abschließend skizzierte er das Modell der **European Aerospace Defence Company (EADC)** als seitens der DASA präferierte Option. In diesem Zusammenhang stellte Piller im Hinblick auf die EADC noch einmal die Bedeutung der Homogenität sowohl der Eigentümer als auch der Nachfrager heraus. Weiterhin, so Piller, sei eine klare Trennung der Eigentümer- und Nachfrage-Sphäre sowie deren Äquidistanz zur EADC von essentieller Bedeutung.

Mit dem Stein-Scharnhorst-Forum gelang der pmg ein vorzüglicher Einstand in Berlin. Nicht nur die Qualität dieser Veranstaltung überzeugte. Zugleich wurden neue Verbindungen geknüpft und neue Mitglieder gewonnen. Als Forum für einen ressortübergreifenden, strategischen Diskurs gehören diese Veranstaltung und diese Gesellschaft in die deutsche Hauptstadt – das urteilten nicht nur die Berliner Gäste dieser Veranstaltung.

THEMEN

Die NATO an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Von General Klaus Naumann,
Vorsitzender des NATO-
Militärausschusses

Danke für die Einladung nach Berlin und die Gelegenheit, heute vor der noch jungen Politisch-Militärischen Gesellschaft auf Ihrer ersten Konferenz einen Vortrag zu halten. Sie hätten sich keinen besseren Tagungs-ort aussuchen können, denn die militärische Gesellschaft, die Sie in zeitgemäßer Form wieder aufleben lassen wollen, war ja 1801 in Berlin von Gerhard von Scharnhorst, einem großen Reform-er deutscher Geschichte, gegründet worden.

Scharnhorst, der die Kriegsschule 1810 durchaus als Parallelorganisation zu der von Wilhelm von Humboldt geschaffenen Berliner Universität gründete, hat in der damaligen Zeit eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, die Professionalisierung des militärischen Berufs mit dem neuhumanistischen Bildungsideal zu verknüpfen. Scharnhorst drückte dies in der Zirkularverordnung in Berlin 1810 folgendermaßen aus: "Obgleich darin daraufhin gewirkt, dem Zöglinge solche spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, die seiner besonderen Bestimmung entsprechen, so wird doch zugleich eine große Aufmerksamkeit darauf verwendet, mit dem Lernen einen kräftigen Gebrauch des Denkvermögens zu verbinden und die Ausbildung des Verstandes und der Urteilskraft als die Hauptsache zu betrachten." Schön, dass Sie sich in diesem Sinne verwenden wollen.

Mit meinem heutigen Thema "Die NATO an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" möchte ich die Gelegenheit nutzen, die NATO als für uns auch in Zukunft unverzichtbares Sicherheitsinstrument in Europa vorzustellen. Ich werde eine **kurze Lageanalyse** vornehmen und daraus **vier**

Grundpfeiler unserer zukünftigen Risikovorsorge entwickeln. Die NATO wird im April nächsten Jahres 50 Jahre alt. Sie war für ein halbes Jahrhundert der Garant für Frieden und Stabilität in Europa, und sie bot den Schutz, der unserer Region wachsenden Wohlstand und Wohlergehen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bescherte. In dieser Zeit hat sich die Allianz ständig den sich ändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa angepasst. Etwa im Rhythmus von Dekaden änderte sich Strategie und Grundausrichtung dieses Verbundes von zunächst 12, inzwischen 16 und nun bald 19 souveränen, demokratischen Staaten. Es bedarf keiner seherischen Fähigkeiten um vorherzusagen, dass die NATO sich auch weiter ändern wird, um den sich ständig verändernden Herausforderungen in der sicherheitspolitischen Landschaft so anzupassen, dass weiterhin Frieden und Stabilität in der europäisch-atlantischen Zone gewährleistet ist. Eine grundlegende Veränderung allerdings hat die NATO bereits vollzogen: sie hat hier in **Berlin im Juni 1996 ihr Auftragspektrum über kollektive Verteidigung hinaus um Krisenbewältigung und Projektion von Stabilität erweitert. Sie wurde damit zum einzig handlungsfähigen Eckpfeiler von Stabilität in Europa.**

Ich will nun in meinem Vortrag diese Herausforderungen der Zukunft skizzieren, dies sozusagen in einer projizierten Lage-darstellung, um danach Grundlinien zu beschreiben, an denen sich vorhersehbar die NATO weiterentwickeln könnte. **Zugeben, die NATO betrachtet kein Land als Feind und zur Zeit kann niemand die NATO bedrohen.** Dennoch, alle Staaten, nicht nur die NATO-Nationen leben alle in einer Welt, die keineswegs frei von Risiken und Gefahren ist. Dies wird auch für die vorhersehbare Zukunft so bleiben. Allein deshalb muss kollektive Verteidigung die **Kernaufgabe** der Allianz bleiben. Es muss dabei bleiben, dass eine Bedrohung für ein NATO-Land eine Bedrohung aller NATO-Staaten ist. Kollekti-

ve Verteidigung bedeutet unter solchen Umständen nicht nur, ein vergleichsweise **kostengünstiges Schutzschild** bereitzustellen, sondern auch, was noch viel wichtiger ist, **Rückfälle in nationale Verteidigung zu verhindern** und Solidarität zu fördern. Vor dem Hintergrund der Tragik europäischer Geschichte dieses Jahrhunderts, in der

überzogener Nationalismus einer der Gründe war, die zu Kriegen führten, betrachte ich kollektive Verteidigung als substantiellen und erhaltenswerten Beitrag zur Stabilität Europas.

Dennoch, die Frage ist berechtigt, wo gegen wir uns schützen und welchen Herausforderungen und Gefahren wir gemeinsam in der Zukunft ausgesetzt sein könnten. Ich unterscheide hier 4 Risikokategorien, die auch in der vorhersehbaren Zukunft ihre Relevanz behalten werden:

Das militärische Restrisiko

Es existieren nach wie vor nicht unerhebliche militärische Kapazitäten in Europa, die für einzelne Staaten ein hypothetisches Risiko darstellen können. Hypothetisch deshalb, weil ein politischer Wille diese Potentiale gegen einander einzusetzen zur Zeit nicht erkennbar ist. Doch wie wir alle wissen, **kann sich politischer Wille recht kurzfristig ändern**.

Auch wenn zur Zeit nicht bedroht, wäre der Abbau von Streitkräften unter das für eine angemessene Reaktion notwendige Maß falsch, da ein Aufbau in der Krise unmöglich sein wird. Wer so vorgeht, schränkt Handlungsfähigkeit ein und wird außenpolitisch abhängig. Aufgabe der Politik bleibt es, **dafür zu sorgen, dass Krieg kein Mittel der Politik ist**. Eines der Instrumente, dies zu erreichen, ist in einer Welt, in der unverändert Krieg geführt wird, das Militär, das auf das Unerwartete vorbereitet sein muss, wenn die Streitkräfte ihre Aufgabe, Bürger, Land und Bündnis zu schützen, ernst nehmen.

Transparenz der noch verbleibenden militärischen Kapazitäten, der bewusste Verzicht auf die Fähigkeit zu strategischer Überraschung und der Abbau der Streitkräftepotentiale, die zur Inbesitznahme von Territorien geeignet sind, sind wesentlicher Bestandteil eines europäischen Sicherheitskonzepts. **Kein Land in Europa ist nunmehr zu raumgreifenden Operationen in der Lage**. Dennoch hat sich nach einem Bericht des Stockholmer Friedensinstituts von Mitte diesem Jahres der weltweit beobachtete **Prozess der Abrüstung deutlich verlangsamt**. Regional waren sogar Aufrüstungstendenzen erkennbar. Nur die Wirtschaftskrise in **Südostasien** hat den Aufrüstungstrend von durchschnittlich 25% in den letzten zehn Jahren gestoppt. Auch im **Nahen und Mittleren Osten** war bisher eine Steigerung der Militäraushalte zu verzeichnen. Sie sehen, die militärischen Potentiale sind weiterhin vorhanden. Es ist deshalb um so wichtiger, diese Mittel durch Prozesse der Vertrauensbildung und Kooperation nicht zu einem Mittel der Politik werden zu lassen.

Lassen Sie mich unter dieser Risikokategorie konkret etwas zu **Russland** sagen. Ich will hier nicht in alte Konfrontationsmuster verfallen, im Gegenteil, wir wollen Sicherheit in Europa mit und nicht gegen Russland im Dialog gestalten, damit Transparenz und Vertrauen gefördert werden. **Russland verfügt jedoch noch immer über ein größeres militärisches Potential als jeder andere Staat in Europa und vor allem über ein weiterhin einsatzfähiges Nuklearpotential**. Weil wir Sicherheit mit Russland suchen, müssen wir **nüchtern und ohne Emotionen** beurteilen, wie es bei unserem Sicherheitspartner aussieht. Russland ist in einem Wandel wie er tiefgreifender nicht sein könnte. Es versucht, aus dem Feudalismus in einem Sprung in die Demokratie zu gelangen, obwohl dieser riesige Vielvölkerstaat keinerlei demokratische Erfahrung hat und die philosophische Grundlage der Demokratie, das Menschenbild

der Aufklärung, in Russland nie Fuß fassen konnte. Gleichzeitig wird das Wirtschaftssystem radikal umgekrempelt. Diese Transformation hat durchaus Ähnlichkeit mit den nationalen Anstrengungen im Osten Deutschlands, nur erfolgt sie im Gegensatz zu dort ohne demokratische Erfahrungen und ohne jegliche finanzielle Abfederung. **Wie lange dieser Prozess noch dauern wird ist ungewiss, auch sein Ergebnis ist noch offen. Gegenwärtig ist weder die Wirtschaft gesund, noch kann man von einer gefestigten Demokratie sprechen. Das Land ist in einem Zustand anhaltender Instabilität, und das allein bedeutet Unsicherheit**. Dies ist in unserer Sicherheitsanalyse zu berücksichtigen, deshalb ist Restabsicherung notwendig und zugleich Kooperation mit Russland unverzichtbar.

Das Proliferationsrisiko

Das zweite Risiko, das an Bedeutung gewinnen wird, ist das der Proliferation von Waffen, insbesondere im Bereich der **Trägertechnologie und der Massenvernichtungsmittel**.

Selbst in unseren Augen auch weniger entwickelte Ländern besitzen in der Zwischenzeit Trägermittel von circa 1500 Kilometern Reichweite. Die Zahl der Länder, die solche Waffen produzieren können, wird immer größer. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis auch Mitteleuropa im Wirkungskreis von Raketen liegen wird, die außerhalb von Europa gestartet werden können. Derzeit gehen wir davon aus, dass **um das Jahr 2010 nahezu ganz Europa im Wirkungsbereich solcher Flugkörper** liegen wird. Bisher haben wir mit dem Begriff "Massenvernichtungsmittel" Atomwaffen verbunden. Dies ist zunehmend irreführend. **Moderne B-Kampfmittel sind in ihrer Wirkung den Atomwaffen ziemlich ebenbürtig und bedürfen bei weitem nicht eines so hohen technologischen Aufwandes, während C-Waffen eher taktische Bedeutung haben**. Diese Kampfmittel sind verfügbar, oder leicht herstellbar, und stellen damit eine potentielle Bedrohung

dar. Länder außerhalb Europas rüsten mit diesen Waffen auf. Die Nuklearwaffentests in **Indien und Pakistan** beweisen, dass **Staaten bereit sind, ohne Rücksicht auf ihre kranken Wirtschaften militärische Potentiale aufzubauen**, die in der Lage sind, ganze Regionen zu destabilisieren. Länder wie der **Irak** wählen einen billigeren Weg und produzierten Nervenkampfstoffe und biologische Kampfstoffe in erheblichem Maße. So wurden bei dortigen Überprüfungen fast 4 Tonnen Nervenkampfstoff gefunden, wobei amerikanische Schätzungen von mindestens 20 Tonnen ausgehen. Und obwohl Saddam Hussein behauptete, kein biologisches Waffenprogramm zu verfolgen, wurden nach dem Golfkrieg fast 8000 Liter Antrax gefunden, von denen etwas mehr als 100 Liter genügen, um die Bevölkerung einer Stadt wie Berlin binnen 12 Tagen weitgehend zu dezimieren.

Die Verfügbarkeit von Trägermitteln immer größerer Reichweite und die relativ einfache Zugänglichkeit zu modernen Massenvernichtungsmitteln erhöht langfristig unser Sicherheitsrisiko. Es bedarf unserer ständigen Analyse, denn in unserer gegenseitig abhängigen Welt, die unter dem Schlagwort "Globalisierung" charakterisiert wird, können selbst regionale Risiken sich auf unsere Sicherheitssituation in Europa auswirken.

Das Destabilisierungsrisiko

Ein drittes Risiko ergibt sich aus **ethnischen und religiösen Spannungen**, wie wir sie kennen und leider in Europa sehen. **Bosnien, Kosovo, Albanien** stehen hierfür als Beispiel. Wir müssen uns fragen lassen, ob in Zukunft unser Ordnungsprinzip, das sich im wesentlichen auf die Anerkennung des Nationalstaates als Hüter einer Ordnung verständigt hat, in einer Zukunft, in der nationale Grenzen eine immer geringere Rolle spielen werden, noch Bestand haben kann. Die Krise auf dem Balkan zeigt uns auch, dass wir unser

bisheriges internationales Rechtsverständnis einer harten Prüfung unterziehen müssen, wenn wir Verbrechen an der Menschheit verhindern wollen, aber die Handlungsfähigkeit des UN Sicherheitsrates blockiert wird.

Wir müssen auch darüber nachdenken, ob und bis zu welcher Entfernung wir Konflikten zusehen wollen, obwohl wir wissen, dass auch wir früher oder später von diesen Konflikten betroffen sein werden. Noch haben wir keine Antwort auf diese Probleme, aber wir werden sie finden müssen, wenn wir eine glaubhafte Konfliktverhinderung anstreben. Wir werden sie multinational finden müssen, ohne deshalb globaler Polizist zu werden, denn ein unilaterales Eingreifen würde berechtigterweise als Interventionismus gebrandmarkt werden. Aber wir müssen auch einräumen, dass in den meisten hier denkbaren Konflikten militärische Mittel vielfach nicht die angemessenen Mittel sind, sie immer nur das letzte Mittel sein können und auf der Basis einer ausreichenden Rechtsgrundlage eingesetzt werden müssen. Die NATO, auch wenn sie der Anker der Stabilität in der europäisch-atlantischen Region ist, wird es nicht allein mit allen solchen Problemen aufnehmen können. Schon allein deshalb brauchen wir eine effektive Sicherheitsarchitektur von Institutionen wie UN, OSZE, G 7, EU und NATO, die kooperieren, um Frieden und Stabilität in Europa zu erreichen.

Das Globalisierungsrisiko

Die vierte Risikokategorie ist gekennzeichnet durch die **zunehmende Irrelevanz nationalstaatlicher Sicherheitskonzepte** und durch die zunehmende Bedeutungslosigkeit nationaler Grenzen in der Sicherheitspolitik. **Immer mehr Akteure** auf der internationalen Ebene sind nicht Nationalstaaten oder Staatengebilde. Weltweit agierende Unternehmen und 24-Stunden am Tag verfügbare Finanzmärkte verändern die Welt, in der wir leben.

So müssen wir zum Beispiel zur Kenntnis nehmen, dass jedes der zehn größten europäischen Unternehmen im Jahr mehr Umsatz macht als jedes neue Mitglied der NATO an Staatshaushalt verfügbar hat. Hinzu kommt die besorgniserregende Entwicklung internationaler Kriminalität und des Terrorismus.

Dies ist ein heute bereits augenscheinliches Risiko, das mit der Zeit noch gefährlicher werden wird, denn **moderne Kommunikation und freier Zugang zu internationalen Märkten verschaffen der Kriminalität und dem Terrorismus in ungeahntem Maße Zugang zu Kriegswaffen**. Das internationale Gewaltmonopol von Streitkräften scheint zu brechen. Es ist nicht länger Fiktion, nicht-staatliche Akteure, d.h. Kriminelle, als Ausführende für Kriegshandlungen zu sehen. Auch dies ist ein Risiko für alle, auf das die NATO bisher keine Antwort hat. Wir wissen, dass wir Antworten finden müssen, dass wir uns diesen Aufgaben stellen müssen, auch wenn in den meisten NATO-Ländern solche Risiken eher den Polizeiaufgaben zugeordnet werden, auch wenn diese Polizei für solche Einsätze weder ausgerüstet noch ausgebildet ist.

Mit der Globalisierung einher geht auch eine technologische Revolution, in der ich nicht nur Chance sondern auch Risiko sehe. So sind Spezialkräfte nun in der Lage, Viren in Informationssysteme einzubringen, sensitive Informationen abzufangen, Befehle zu widerrufen, falsche Nachrichten zu erzeugen, ungenaue Daten abzuliefern oder Identifizierungssysteme außer Kraft zu setzen. Darüber hinaus muss nicht unbedingt das Militär das Ziel eines solchen Angriffs sein. Stellen Sie sich für einen Moment vor, was es für die moderne Infrastruktur wie zum Beispiel das **Bankensystem, das Energieversorgungssystem und andere Schlüsselversorgungssysteme** eines Staates bedeuten könnte, wenn diese zusammen brechen würden. Die Globalisierung bedeutet im Bereich Sicherheit, dass ein Angreifer wesentlich schwerer identifiziert werden könnte, dass poten-

tiell für unsere Gesellschaften unverzichtbare Systeme zu leicht verwundbaren Zielen werden könnten, und die derzeitige Interpretation internationalen Rechts und auch die Eignung der uns derzeit zur Verfügung stehenden Mittel uns einem Angreifer schutzlos ausliefern könnte. Ich glaube, die NATO-Nationen müssen in der Lage sein, solchen Risiken in der Zukunft zu begegnen.

Kein Zweifel, wir sind mit neuen Risiken konfrontiert, wir müssen eine Antwort auf diese neuen Risiken finden. **Natürlich kann, will und soll die NATO nicht alle diese neuen Gefahren bekämpfen.** Aber die NATO hat ein einzigartigen Vorteil: – sie ist ein Forum für Konsultation und Koordination, ein Forum, in dem vor allem beraten wird, wie man vorbeugend Krisen verhindern kann, in dem man die Ursachen von Konflikten bekämpft, und, das macht sie einzigartig, sie hat gleichzeitig die Mittel, eigenständig zu handeln. **Wer dieses Bündnis, das einzig funktionsfähige Sicherheitsinstrument in Europa, auflösen will, hat entweder von den Realitäten unserer Welt keine Ahnung oder schert sich nicht um die Sicherheit der Bürger auch unseres Landes. Er ist auch bereit, das Prinzip der Solidarität, das ein Erfolgsrezept der NATO in den letzten 50 Jahren war, unter Inkaufnahme der Renationalisierung aufzugeben.**

Lassen Sie mich mit diesem nüchternen Blick auf die Risiken mit einer insgesamt doch zuversichtlichen Feststellung abschließen: wir haben den Zustand ewigen Friedens noch nicht erreicht, doch uns, die NATO-Staaten, kann niemand existenzgefährdend bedrohen. Wir sehen keinen Staat als Gegner an, aber wir leben in einer Welt voller Ungewissheit, voller noch nicht abgeschlossener Prozesse, deren Ausgang nur schwer vorhersehbar ist. Sicherheitsvorsorge ist daher unverändert geboten.

Eine solche Sicherheitsvorsorge muss sich an über den Tag hin-

aus geltenden Grundlinien orientieren, von denen ich vier herausgreifen möchte:

Wir müssen die transatlantische Sicherheitspartnerschaft festigen und vertiefen. Die USA sind die einzig verbliebene Weltmacht. Die USA beweist ihre Solidarität mit Europa. Sie hat weiterhin Streitkräfte in erheblichem Umfang hier stationiert. Niemand ist für absehbare Zeit in der Lage, einen auch nur annähernd gleich bedeutsamen Beitrag zu leisten. Es gibt in der vorhersehbaren Zukunft keine Sicherheit in und für Europa ohne die USA. Das beste und letztlich wohl einzig wirksame Instrument, die USA an Europa gebunden zu halten, ist die NATO. Über dieses Bündnis erhält die USA die Möglichkeit der Mitgestaltung in Europa, und wir Europäer erhalten damit die Garantie einer Rückversicherung. Ein solcher Zustand ist jedoch kein Selbstläufer. Die Attraktivität des Bündnisses für die USA liegt darin, dass es in der Lage ist, in Europa und seinem Umfeld stabilisierend zu wirken. Das ist für eine **globale Seemacht**, die eine sichere europäische Gegenküste braucht, nicht nur aus Sicherheits- sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen wichtig. **Die USA werden sich um so stärker an Europa gebunden fühlen, je stärker dieses Europa ist.** Ein zunehmendes Gefälle in Handlungsfähigkeit und Technologie zwischen den USA und Europa darf es nicht geben. Wir müssen alles daran setzen, für die USA ein gleichberechtigter Partner zu bleiben. Das aber können wir nur, wenn Europa mit einer Zunge spricht. Das Engagement der Amerikaner in Europa sichern wir dadurch, dass wir ein attraktiver, zur Risiko- und Lastenteilung bereiter Partner bleiben, der die NATO als das Forum sicherheitspolitischer Konsultation und das Instrument gemeinsamer Handlung nutzt. Dies nützt beiden Seiten, denn so wie es für Europa keine Sicherheit ohne die USA gibt, so gibt es keine unanfechtbare globale Rolle für die USA ohne Europa.

Wir müssen mit Russland ins Reine kommen. Ein weiterer Sicherheitspartner in Europa ist die kontinentale Landmacht Russland, die sich derzeit in einem Rollenwechsel befindet. Russland hat von seinem Weltmachtstatus nur noch die Nuklearwaffen behalten, kann und will jedoch noch nicht wahrhaben, dass es nur noch eines von mehreren regionalen Zentren darstellt. Dieser Vielvölkerstaat kämpft mit eigenen wirtschaftlichen und sozialen Problemen erheblichen Umfangs. Die NATO hat nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs die Hand zur Partnerschaft gereicht und die Beziehungen zu Russland ständig weiter entwickelt. Der ständige **NATO-Russland Rat**, aber auch die Vereinbarung mit der **Ukraine**, gibt Russland wie der Ukraine die Möglichkeit, mit der NATO in nahezu allen sicherheitsrelevanten Fragen zu konsultieren, aber nicht mit zu entscheiden. Gegebenenfalls kann sogar gemeinsames Handeln beschlossen werden. Der NATO-Russland Rat könnte sich zu dem Instrument entwickeln, das verhindert, dass die Unsicherheit in Russland zu Ängsten bei seinen Nachbarn führt. Er könnte auch dazu dienen, Transparenz und Vertrauen zu fördern und damit die Ängste der Nachbarn von Russland zu reduzieren.

Wir wollen durch Offenheit das in Russland verbreitete Zerrbild der NATO als das eines aggressiven Militärbündnisses zerreißen und echte Partnerschaft anbieten. Dies ist ein Ansatz, ein Versuch, mit dem noch immer alle europäischen Dimensionen sprengenden Riesen Russland ins Reine zu kommen und Sicherheit miteinander zu erreichen. Wir wollen Sicherheit mit und nicht gegen Russland erreichen. Wir wollen Zusammenarbeit, aber wir sind nicht bereit, unsere Verpflichtung auf den Schutz der Menschenrechte dem Verhältnis zu Russland zu opfern. Deswegen haben wir trotz drohender Töne aus Moskau im Fall Kosovo gehandelt, nachdem alle Versuche, Russland zu gemeinsa-

mem Handeln zu bewegen, gescheitert waren.

Wir dürfen keine neuen Konfrontationsmuster in Europa und seiner Peripherie aufkommen lassen. Die zunehmende Globalisierung wird es in Zukunft nicht mehr erlauben, Sicherheit geographisch zu definieren. Entfernungen spielen eine immer geringere Rolle, Grenzen können immer leichter überwunden werden. Wir müssen die Chance ergreifen, in Europa und seiner Peripherie keine neuen Konfrontationsmuster mehr aufkommen zu lassen. Es kann in der notwendigen Sicherheitsvorsorge nicht darum gehen, den Eisernen Vorhang der Nachkriegszeit weiter in den Osten oder tiefer in den Süden zu verschieben. Kooperation und Vertrauensbildung im Dialog muss zunehmend gegenseitige Kontrolle ersetzen. Mit dem europäisch-atlantischen Partnerschaftsrat hat die NATO ein einen großen Teil der nördlichen Erdhälfte umfassendes gemeinsames Forum für Sicherheitsfragen entwickelt, das jedem Partnerstaat ermöglicht, Bedenken zur Sprache zu bringen, auf Abhilfe zu drängen und gegebenenfalls gemeinsames Handeln zu fördern.

In geringerem Maße institutionalisiert, aber nicht weniger wichtig, ist die Mittelmeerinitiative der NATO. Sie macht deutlich, dass die NATO über Dialog dazu beitragen will, Sorgen und Ängste zu zerstreuen und Wege zu suchen, wie man den Ländern an der Peripherie der NATO, aber auch in ihrem Interessenbereich, gemeinsame Sicherheit erreichen kann.

Die Tatsache, dass die **NATO auch künftig für neue Mitglieder offen sein wird, ist ein weiterer Beitrag, Konfrontation zu vermeiden.** Natürlich kann nicht jedem Beitrittsaspiranten gleichzeitig die Mitgliedschaft gewährt werden, aber der NATO Gipfel im Frühjahr 1999 wird sich zum Prozess der NATO-Öffnung unmissverständlich bekennen. Allein die Chance auf einen NATO-Beitritt hat in vielen Ländern Demokratisie-

rungsprozesse beschleunigt und zu einer Aussöhnung mit den Nachbarn beigetragen. Es gilt, diesen Prozess weiterhin zu fördern, gleichzeitig aber das Bündnis leistungsfähig zu erhalten. Falsche Weichenstellungen könnten die Leistungsfähigkeit beeinträchtigen und damit die Handlungsfähigkeit der Allianz aushöhlen.

Regionale Sicherheitskooperation könnte in diesem Ansatz eine unterstützende Rolle spielen, solange eine solche Kooperation nicht zu Zonen unterschiedlicher Sicherheit führt. Sicherheitsvorsorge muss partnerschaftlich bleiben und darf nicht konfrontativ aufgebaut werden. Abbau von Konfrontation erfordert ein klares Bekenntnis zu einer gemeinsam verantworteten Sicherheit, in der militärische Fähigkeiten eine langfristig zunehmend geringere Rolle spielen könnten. Ein Verzicht auf militärische Fähigkeiten ist jedoch zur Zeit nicht vorstellbar, im Gegenteil. Auch hierfür sind Kosovo und Bosnien der beste Beweis. Ohne die Androhung von Gewalt würde im Kosovo immer noch geschossen, gäbe es noch immer eine Unzahl befestigter Checkpoints an den Straßen, wären noch immer Panzer- und Geschützrohre auf die Dörfer des Kosovo gerichtet.

Wir müssen militärisch reaktionsfähig bleiben. Wir müssen militärisch einsatzfähig bleiben, weil nur damit die Zusage glaubwürdig bleibt, dass das Risiko für ein Bündnismitglied auch als Risiko für alle Bündnismitglieder angesehen wird. Insofern ist militärische Reaktionsfähigkeit Kernelement des NATO-Vertrages. Reaktionsfähigkeit heißt aber auch, **angemessen modern ausgestattete und leistungsfähige Streitkräfte** zu haben. Ein Gradmesser dafür ist der Anteil der Verteidigungsausgaben für modernes Material. **Deutschland steht heute mit einem Anteil von nur 12,9% des Verteidigungshaushaltes für Beschaffung moderner Materials an viertletzter Stelle im Bündnis. Hält dieser Zustand noch lange an, ist eine**

Erosion der Leistungsfähigkeit programmiert.

Hinzu kommt jedoch, dass die Gestalt der zukünftigen Risiken einen präventiven, ja pro-aktiven Politikansatz möglich macht, ihn sogar fordert. Die Risiken der Zukunft müssen zunächst politisch angegangen werden. Der Einsatz von militärischen Mitteln muss Ultima ratio bleiben. Aber es gilt auch heute noch das Wort von Friedrich dem Großen, dass **Diplomatie ohne Streitkräfte wie ein Orchester ohne Instrumente ist.** Der Einsatz von diplomatischen Mitteln ist um so glaubwürdiger und nachhaltiger, je mehr dieser Einsatz mit Handlungsoptionen untermauert werden kann. Die Gespräche in Belgrad hätten zu nichts geführt, wäre da nicht das Damoklesschwert des ACTORD gewesen, nämlich die gemeinsame Ermächtigung des Oberbefehlshabers Waffen einzusetzen. Eine Option ist daher der Einsatz militärischer Gewalt. Wollen wir die Aufgabe des Krisenmanagements wirklich ernst nehmen, dann muss die Drohung mit militärischer Gewalt glaubhaft sein. Es war nicht zuletzt diese Drohung, die im Kosovokonflikt Milosevic dazu gezwungen hat, seine zur Unterdrückung der Bevölkerung dort eingesetzten Kräfte zurückzuziehen. Manchem mag dieser Entscheidungsprozess zu langwierig vorgekommen sein. Andererseits ist es gut, dass die Nationen ringen, bevor sie sich entscheiden, Gewalt ohne Mandat des UN Sicherheitsrates anzuwenden. Dies kann nur die ultima ratio sein.

Dass die NATO bereit ist, Streitkräfte für den Frieden einzusetzen, hat sie in **Bosnien** bewiesen. Wir müssen diesen Einsatz als Erfolg werten, aber wir müssen uns auch eingestehen, dass wir zwar die Abwesenheit von Krieg erreicht haben, wir vom Frieden in dieser Region aber noch weit entfernt sind. Die NATO kann diesen Frieden nicht erzwingen, aber wir können und werden das sichere Umfeld schaffen, das zum Wiederaufbau gebraucht wird und das die Flüchtlinge wieder zur Rückkehr

ermutigen soll. Noch sind sich alle Beobachter einig, dass ein Abzug von SFOR ein Wiederaufblühen der Feindseligkeiten nach sich ziehen wird. Jeder in Bosnien muss aber wissen, dass wir einen neuen Krieg nicht zulassen, dass wir die Mittel besitzen, jeden Griff zur Waffe zu verhindern und dass wir nicht zögern werden zu handeln. Deshalb werden die NATO-Staaten in Bosnien militärisch präsent bleiben mit dem Ziel, einen sich selbst tragenden Friedensprozess einzuleiten, mit dem dann Versöhnung und Wiederaufbau möglich werden. Dafür stehen wir in Bosnien, und daran arbeiten wir. Niemand soll jedoch glauben, wir könnten mit militärischen Mitteln die Probleme lösen, die sich in Jahrhunderten von Hass und Intoleranz aufgestaut haben. Wir können für Ruhe und Ordnung, für ein sicheres Umfeld sorgen, aber wir brauchen vor jedem militärischen Einsatz ein klar definiertes politisches Ziel. Was wir in beiden Fällen, Kosovo wie Bosnien, brauchen ist eine umfassende Strategie zur Stabilisierung und Demokratisierung des Balkans. Diese zu erarbeiten, kann nicht Sache der NATO sein.

Die NATO wird auf absehbare Zeit als einzige Organisation in Europa in der Lage sein, unserem Land, Europa und allen Ländern im NATO-Vertragsgebiet Frieden zu erhalten und Stabilität zu fördern, wenn es uns allen gelingt, den politischen Willen zu unterstützen, der diese Allianz wirksam erhalten will, wenn Amerikaner und Europäer auch weiterhin so solidarisch wie bisher zusammen stehen, und wenn Russland das Angebot der NATO zur Kooperation in vollem Umfang annimmt. Auf dieser Basis sollte es möglich sein, das sichere Umfeld für Weiterentwicklung und überfällige Reformen unserer Gesellschaft zu erhalten, den Risiken der Globalisierung zu begegnen und Globalisierung auch als Chance zu begrüßen.



Robert Greene: The 48 Laws of Power

**New York (Viking Penguin)
1998, 452 Seiten, \$24,95**

"Kein Buch in der Welt ist dem Politiker notwendiger als der Machiavelli!" Clausewitz' Empfehlung wurde in Deutschland gelegentlich beachtet. Nirgends aber wurde der große Florentiner sorgfältiger studiert als im englischen Sprachraum: Englands König ließ den Verfasser der "Utopia" enthaupten. Ein Lord aber stiftete dem Autoren des "Principe" ein Denkmal in Florenz.

Robert Greenes glänzende Studie über "48 Gesetze der Macht" belegt die fortdauernde Bedeutung der Machiavelli-Rezeption jenseits des Atlantiks. **Analytische Schärfe, praktische Verwertbarkeit und ästhetische Präsentation** machen das Buch zur Pflichtlektüre für politik- und machtbesessene Washingtonians, denn im politischen Raum, in dem Freund und Feind um Macht und Einfluss streiten, sind **pragmatische Empfehlungen** stets willkommen. Wer auf bewährter Erfahrung beruhende Regeln im gesellschaftlichen Verkehr mit den Mächtigen missachtet, riskiert Sanktionen. Wer sie sorgfältig befolgt, bleibt in der Gunst und steigt empor.

Greenes Regeln lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: "Erscheine niemals klüger als Dein Meister" oder: "Vertraue Deinen Freunden nicht zu sehr, bedien' Dich Deiner Feinde". Auf den Kodex folgt die ausführliche Kommentierung: Beispiele aus der Geschichte bieten den Adepten Orientierungshilfe für eigenes Verhalten. Das Wechselspiel

subtiler Täuschung und kontrollierter Emotion kann beginnen.

Für die politische Klasse des weltweiten Dorfs hat Robert Greene ein **Hausbuch** verfasst. Es bietet das Beste aus den Werken großer Meister: Neben Empfehlungen strategischer Denker wie **Machiavelli, Sun-tzu und Clausewitz** tragen die Erkenntnisse von Staatsmännern, Diplomaten und Höflingen zur Belehrung bei. **Bismarck und Talleyrand, Castiglione und Gracian** haben auch heute noch Politikern und ihren Mitarbeitern, Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsassistenten etwas zu sagen.

Aber trotz der großen Namen, der eindrucksvollen Menge des ausgewerteten Materials und der überzeugenden Präsentation des Stoffes bleibt am Ende ein **Gefühl des Unbehagens**. Denn Greenes "Gesetzen der Macht" **fehlt jener geistige Wertebzug**, der im "Principe" oder den "Discorsi" das natürliche Machtstreben ergänzt und leitet. Politische Empirie und kühles Interessenkalkül verbanden sich bei Machiavelli mit florentinischem Bürgerstolz und italienischem Patriotismus.

Bei Greene dagegen fehlt die klassische Einheit von analytischer Distanz und echter politischer Leidenschaft. Seine "48 Gesetze der Macht" reduzieren den politischen Verkehr auf das schiere Eigeninteresse. **Sachlösungskompetenz und projektorientierter Gestaltungswille sind für ihn ebenso lästiger Ballast wie innere Bindungen an Menschen und Ideen.** Inhalte und Personen werden zu beliebig auswechselbaren Instrumenten des Machtgewinns: Greene führt seine Leser in Versuchung, die **Grenze zwischen pragmatischem Handeln und Nihilismus** zu überschreiten.

THEMEN

Die Bundeswehr und die Revolution in militärischen Angelegenheiten

Von Joachim Rohde
Stiftung für Wissenschaft und Politik, Ebenhausen

Die Fernsehbilder von der Zerstörung irakischer Ziele durch präzise Abstandswaffen und die geringen Verluste der Alliierten in diesem Krieg vermittelten der amerikanischen Öffentlichkeit den Eindruck, selbst umfangreiche militärische Kampfhandlungen seien für die USA eine saubere, verlustarme Angelegenheit. In der Einschätzung der breiten Öffentlichkeit war der Golfkrieg daher ein Krieg, in dem wesentliche Elemente einer Revolution in militärischen Angelegenheiten (RMA) sichtbar wurden.

Eine Revolution in militärischen Angelegenheiten ist in diesem Verständnis charakterisiert durch **eine umfassende Änderung von Charakter und Durchführung militärischer Operationen und damit des Kriegsbildes**. Diese dramatischen Veränderungen resultieren aus der Kombination von innovativen Anwendungen neuer Technologien mit neuen operativen Konzepten und neuen Streitkräftestrukturen bzw. -organisationsformen. Die RMA hat also drei integrierte Bestandteile: **neue Technologien, neue Einsatzkonzepte und neue Strukturen**.

Weniger kritische Protagonisten dieser Idee definieren die RMA auch als das Ende von Clausewitz in zwei Punkten:

- **Erstens: der "fog of war" wird gelüftet. Friktionen - unvorgesehene Veränderungen im geplanten Ablauf von Operationen - werden ausgeschlossen.**
- **Zweitens: Krieg wird zu einer Abfolge kalkulierbarer Schritte, damit zur Wissenschaft und ist somit nicht mehr "nur" Kunst.**

In Fachkreisen überwog demgegenüber nach dem Golfkrieg eine kritische Einstellung. Die Erfahrungen hatten gezeigt, dass komplexe Technologien angesichts ihres enormen Unterstützungsbedarfs und der damit verbundenen hohen Kosten erhebliche Verwundbarkeiten schaffen. Für sie war **der Golfkrieg der letzte klassische Krieg, in dem vor allem auch die Nachteile moderner komplexer Rüstungstechnik deutlich wurden**.

Bereits wenige Jahre nach dem Krieg hatten sich aber bereits diejenigen durchgesetzt, die den Golfkrieg als Prototyp für eine RMA-geprägte Kriegführung betrachteten. Eine solche **Interpretation des Kriegsgeschehens kam der Industrie zugute, die ihre im Golfkrieg zur Leistungsschau gestellten Waffen exportieren wollte, ohne in diesem Unterfangen von allzu kritischen Bewertungen der eigenen Systeme gestört zu werden**.

Es kam den Streitkräften zugute, die endlich ihr Vietnam-Trauma überwinden und ein neues Selbstbewusstsein entwickeln konnten; und es erleichterte es der Politik, die innenpolitische Akzeptanz militärischer Interventionen sicherzustellen.

Ausschlaggebend dafür, dass schließlich auch das Pentagon auf diesen Zug aufsprang und sich sogleich in den Führerstand begab, sind die Rahmenbedingungen, mit der die politische und militärische Führung im Pentagon seit Anfang der 90er Jahre konfrontiert war. Hierzu gehörten vor allem die:

- wachsende Forderung nach geringstmöglichen Verlusten und Kollateralschäden als Voraussetzung für die innenpolitische Akzeptanz des Streitkräfteeinsatzes (auch als Ergebnis des Golfkrieges)
- weltweite Proliferation moderner Technologien und Waffensysteme
- Kostensteigerungen bei modernen Waffensystemen (in

Europa z.B. nach amerikanischen Aussagen inflationsbereinigt jährlich 10%, was einer Verdopplung der Kosten alle 7 Jahre gleichkommt)

- drastischen Einbrüche im Beschaffungsetat (z.B. in den USA real 70% in den letzten 10 Jahren) und die
- vorherrschende Annahme, dass die USA als einzige verbliebene Großmacht auch zukünftig in vielen Konflikten militärisch intervenieren müssen.

Als weiteres Motiv für die Propagierung einer Revolution in den militärischen Angelegenheiten durch die politische und militärische Führung des Pentagon kam das **Rationalisierungspotential** hinzu, das die breite Verwendung von Informationstechnologien in der freien Wirtschaft bereits deutlich gemacht hatte. Diese Beispiele versprachen eine erhebliche Steigerung der militärischen Wirksamkeit bei Einsatz erheblich geringerer Kräfte. Mit anderen Worten, die Verheißungen der Informationstechnologien ließen das US-Verteidigungsministerium nach neuen Wegen suchen, wie das internationale militärische Engagement der USA mit kleineren, aber schlagkräftigeren Streitkräftekontingenten wahrgenommen werden konnte. Ein solcher Weg, das war der politischen Führung des Pentagon klar, würde eine umfassende Reform der Streitkräfte erfordern, die von oben initiiert und forciert werden muss.

Aus diesem Grund fokussierte sie die interne Debatte auf die sogenannte RMA und die neuen Einsatzoptionen, die sich bei konsequenter Umsetzung dieser Revolution ergeben könnten. Als konzeptionellen Orientierungsrahmen für eine entsprechende Weiterentwicklung der US-Streitkräfte entwickelt die militärische Führung 1996 "**Joint Vision 2010**". Ergänzend konzipierte das amerikanische Verteidigungsministerium auf der Basis dieser Vision eine komplexe langfristig angelegte **Transformationsstrategie** zur Ausrichtung der US-Streitkräfte auf dieses neue Kriegsbild. Teil dieses Unterfangens ist seit wenigen

Jahren auch die so genannte "Revolution in Business Affairs", deren Propagierung deutlich machen soll, daß die RMA nur umzusetzen ist, wenn es zur drastischen Umstrukturierung der industriellen Basis und der Beschaffungspolitik kommt.

Die Vision: Krieg im 21. Jahrhundert

Joint Vision 2010 beschreibt, wie die USA im 21. Jahrhundert Krieg zu führen gedenken. Sie entwickelt dazu auf der Basis drastisch verbesserter Aufklärungs- und Führungsfähigkeiten **vier neue operative Leitideen: überlegene Beweglichkeit (mit weit verstreut dislozierten Kräften über große Entfernungen hinweg Schwerpunkte bilden), präzise Bekämpfung (mit präzisiertem Feuer gegen gegnerische militärisch relevante Ziele strategische Wirkung entfalten), voller Rundumschutz und bedarfsoptimierte Logistik.** Die integrierte Umsetzung dieser Leitideen – entsprechend ausgerüstete, ausgebildete und strukturierte Streitkräfte vorausgesetzt – soll den USA die Fähigkeit verleihen, einen Gegner über das gesamte Spektrum potentieller militärischer Operationen zu dominieren. **Full Spectrum Dominance** ist also die angestrebte Schlüsselcharakteristik der US-Streitkräfte für das 21. Jahrhundert.

Dabei wird davon ausgegangen, dass Verbesserungen in der Informationstechnik und die Vernetzung unterschiedlicher Sensorsysteme mit Waffenplattformen, Gefechtsständen und logistischen Unterstützungskräften zu einer weitestgehenden **Transparenz des Gefechtsfeldes** (genauer: überlegenen Kenntnis des Geschehens auf dem Gefechtsfeld) und somit zu einer drastischen Verkürzung der Reaktionszeit führen werden. Letztere wiederum wird eine **Steigerung des Tempos** militärischer Operationen erlauben und dazu beitragen, dass die USA nicht nur in der Lage sind, **stets die Initiative zu ergreifen, sondern sie auch über den gesamten Konfliktverlauf zu behalten.**

Eine solche Transparenz des Gefechtsgeschehens erlaubt außerdem auch einen **reduzierten Kräfteansatz und gezieltes Feuer, beides Faktoren, die wiederum den Logistikaufwand erheblich reduzieren.**

Entscheidend für die Umsetzung dieser Vision ist die Reorganisation des eigenen Streitkräftedispositivs. Denn der erhebliche **Budgetdruck** erzwingt den Abbau von Redundanzen und die enge Vernetzung von Sensoren, Gefechtsständen und Waffensystemen auf dem Gefechtsfeld von morgen den Abbau von Inkompatibilitäten in und zwischen den Teilstreitkräften. Beides ist nur durch eine nahtlose Integration der TSK-Fähigkeiten möglich. Eine derartige Integration in der Durchführung militärischer Operationen erfordert institutionelle, organisatorische, intellektuelle und technische "Jointness". Sie allein reicht aber nicht aus. Obwohl die US-Streitkräfte auch unilateral militärische Entscheidungen herbeiführen könnten, werden sie in nahezu allen zukünftigen Operationen mit Alliierten zusammenarbeiten. Daher muss die Interoperabilität mit Alliierten und Koalitionspartnern ebenfalls erheblich verbessert werden.

Die Kritik an der Vision

Die Kritiker der RMA und ihrer in Joint Vision 2010 skizzierten amerikanischen Umsetzungsvariante setzen auf drei Ebenen an: den **offensichtlich impliziten technischen, den operativen und den strategischen Annahmen.** Die Kritiker an den technischen Annahmen über die Funktionssicherheit und den reduzierten Wartungsaufwand bei zukünftig noch komplexeren Systemen von Systemen verweisen auf die gegenteiligen Erfahrungen beim Einsatz neuer Systeme in der Vergangenheit (inkl. Golfkrieg).

Sie werfen die Frage auf, was die Protagonisten zu der Annahme berechtigt, dass eine weitere Zunahme der technischen Komplexität mit einer Erhöhung der Funktionssicherheit einhergeht. Die Kritik

an den operativen Annahmen lautet ähnlich: die Operationen selbst werden komplexer, gleichzeitig sollen sie wesentlich stabiler ablaufen, also unvorhergesehene Ablaufänderungen zukünftig vermieden werden. Kritisch gesehen wird auch die Annahme einer weitestgehenden Transparenz des Gefechtsfeldes.

Wichtiger noch ist aber die Kritik an den strategischen Annahmen. Hier wird vor allem bemängelt, dass die gemäß Joint Vision konzipierten, organisierten, strukturierten, ausgerüsteten und ausgebildeten US-Streitkräfte für das in der Zukunft am häufigsten zu erwartende Konflikt- und Aufgabenspektrum von Streitkräften kaum geeignet seien. **Wer in längeren Konflikten geringerer Intensität innerhalb und zwischen Staaten militärisch eingreifen will, muss die Fähigkeit zu längeren und mitunter personalintensiven Operationen besitzen. Dazu sind Streitkräfte, die mit Hilfe von RMA darauf optimiert sind, den militärischen Gegner vorwiegend mit Abstandswaffen schnell und entscheidend auszuschalten und sich anschließend schnellstmöglich wieder zurückzuziehen, kaum geeignet.** Mit ihnen ist auch die in diesem Aufgabenspektrum notwendige enge Verzahnung von diplomatischen und militärischen Mitteln kaum möglich.

Bündnispolitische Forderungen

Ausgangspunkt zur Bewertung der bündnispolitischen Herausforderungen muss sein, dass die USA den Übergang von heutigen auf zukünftige RMA-optimierte Streitkräfte als einen langen Transformationsprozeß begreifen, in dem es zahlreiche **Interoperabilitätsprobleme** zwischen bereits modernisierten US-Verbänden und den noch herkömmlichen Truppenteilen geben wird. Gleichzeitig messen sie der Interoperabilität mit Verbündeten große Bedeutung bei. Daher wird es zahlreiche Einwirkungs- und Abstimmungsmöglichkeiten der Verbündeten ge-

ben, und auch Optionen, sich im Bündniskontext an den US-internen Maßnahmen zur Lösung der Interoperabilitätsprobleme zu orientieren.

Ein bündnispolitischer GAU, die technologische und konzeptionelle Abkopplung der USA von ihren Bündnispartnern in der NATO, ist daher nur zu erwarten, wenn auf Seiten der Bündnispartner keine bzw. nur mangelhafte Anstrengungen unternommen werden, eine entsprechende Adaption ihrer Streitkräftedispositive vorzunehmen. Da für diese aber dieselben Handlungszwänge bestehen, die schon die USA in die RMA-Richtung getrieben haben und diese erheblichen Druck auf die Europäer ausüben werden, ihnen zu folgen, ist ein solcher GAU relativ unwahrscheinlich.

Die bündnispolitischen Herausforderungen lassen sich an zwei Szenarien beschreiben:

1. Die USA setzen die RMA um, die Europäer nicht.

In diesem Szenario würde dies- und jenseits des Atlantiks für unterschiedliche Kriegsbilder geplant, organisiert, strukturiert und gerüstet. Entsprechend disparate Ablauforganisationen unterminieren das operative Zusammenwirken der Streitkräfte und damit die Bündniskohäsion.

Vergleichbar abträglich und für die Europäer politisch unakzeptabel wäre auch eine Arbeitsteilung, in der sie die potentiell verlustreichen Bodenoperationen übernehmen müssten, während die Amerikaner im wesentlichen die luft- und weltraumgestützten Führungs- und Führungsunterstützungsaufgaben wahrnehmen.

2. Die USA und die Europäer setzen RMA gemeinsam um.

In diesem Szenario relativiert sich die *militärische* Bedeutung von Bündnispartnern u.U. dennoch drastisch, weil die USA auch im Alleingang strategische Schläge führen könnten. Damit stellt sich die entscheidende Frage, ob sie politisch abhängig und auf ihre Partner angewiesen bleiben.

Sollte dies der Fall sein, dürfte die Umsetzung einer RMA sogar eine Vertiefung der militärischen Integration erfordern. Die umfassende Vernetzung von Sensoren, Gefechtsständen und Waffensystemen führt zu einer drastischen Beschleunigung der Entscheidungs- und Bekämpfungsabläufe. Dies **lässt keinen Spielraum mehr für improvisierte Lösungen** von Interoperabilitätsproblemen, insbesondere nicht im oberen Teil des Konflikt- und damit Operationsspektrums.

Ziel westlicher Politik sollte es daher sein, mit der RMA verbundene potentielle Interoperabilitätsprobleme im Vorfeld zu vermeiden. Kurz- bis mittelfristig bedeutet dies, sicherzustellen, dass die erreichten Interoperabilitätsstandards in der NATO nicht durch Lösung der Interoperabilitätsprobleme zwischen den US-Teilstreitkräften untergraben werden. Um zu verhindern, dass amerikanische Jointness (Lösung der Interoperabilitätsprobleme zwischen den US-TSKs) auf Kosten von Combinedness (Bewahrung der Interoperabilität innerhalb des Bündnisses) hergestellt wird, werden vor allem die Europäer innerhalb der NATO initiativ werden müssen. Dies betrifft kurz- bis mittelfristig vor allem die Entwicklung des amerikanischen C4ISR-Backbones.

Folgen für Deutschland

Die Klärung der im Rahmen einer **Wehrstrukturkommission** zu untersuchenden Themenfelder wie das zukünftige Aufgabenspektrum der BW, die Senkung der Infrastrukturkosten und die Erhöhung des investiven Anteils etc. etc. wird bei konsequenter Umsetzung der RMA in den USA drängender. Hier wurde in den letzten Jahren viel Zeit vertan. Dabei ist die Bundeswehr von diesen Entwicklungen um so mehr betroffen, je stärker sie an ihrem ursprünglichen Aufgabenspektrum festhält. Gerade wer sich auf die Landes- und Bündnisverteidigung und damit letztlich auf größere konventionelle

Kampfhandlungen hoher Intensität besonders konzentriert, wird vor der Herausforderung stehen, die auf diese Eventualfälle optimierte Revolution (in den militärischen Angelegenheiten) mitzumachen und nicht nur als Evolution mitzukoppeln.

Vor diesem Hintergrund entstehen für die deutsche Politik aktuelle Handlungszwänge, weil die USA jetzt damit beginnen, ihr C4ISR backbone aufzubauen. Um den angesprochenen Interoperabilitätsproblemen vorzubeugen, sollte es deutsches Interesse sein, ein solches Führungs- und Information"rückgrat" als Bündnisinfrastruktur innerhalb der NATO zu errichten.

Bundeswehr im Bremserhäuschen?

Um in dieser Hinsicht auf Bündnisebene glaubhaft initiativ werden zu können, müsste die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr durch eine entsprechende **Aufstockung der investiven Mittel** und eine an der Umsetzung der RMA orientierte **Modernisierung in Ausrüstung, Konzeption und Struktur** zumindest ansatzweise sichtbar gemacht werden. Bündnisweit den Eindruck zu erwecken, man fühle sich innerhalb des RMA-Zuges im Bremserhäuschen besonders wohl, ist einer solchen Initiativrolle kaum förderlich.

Die Revolution in militärischen Angelegenheiten: Der ewige Charakter des Krieges bleibt erhalten

Von Dr. Holger Mey, Institut für Strategische Analysen, Bonn

Manche meinen, in der heutigen Zeit eine **Transformation des Militärischen in Richtung einer "globalen Zivilgesellschaft"** erkennen zu können. **Streitkräfte würden demnach nur noch**

im internationalen Rahmen und eher als Polizeikräfte eingesetzt. Doch Vorsicht: Straßen und Brücken bauen, Städte evakuieren und neue anlegen, streitende Nachbarn befrieden, Bürgerkriege schlichten und neue politische Verwaltungen aufbauen, all das konnten auch schon die Legionen des Augustus, ohne darüber ihre Kernfunktion zu vernachlässigen: Schlachten zu schlagen und zu gewinnen. **Nicht alles, was einen neuen Namen trägt, ist auch neu.** Über die strategische Relevanz einer militärischen Aufgabe entscheidet die raue Wirklichkeit, nicht die akademische Diskussion.

Der Einsatz von Streitkräften ist stets, auch im Rahmen der neuen Aufgaben, ein politischer Akt *sui generis* mit unausweichlichen Merkmalen und Konsequenzen. Zu den natürlichen (konstituierenden) Eigenschaften der Streitkräfte gehört die **Maxime, Gewalt mittels Gewalt zu brechen.** Man kann das durch die politisch vorgegebenen **Einsatzregeln für die Streitkräfte** ("Rules of Engagement", ROEs) graduell steuern, aber nur um den Preis eines sicheren Misserfolges prinzipiell wegregeln. Ein Staat, der Streitkräfte einsetzt, muss auch den Willen haben, sich durchzusetzen; anderenfalls ist die politische Niederlage programmiert.

Eine Handvoll High-Tech-Krieger

Ich komme nun auf die so genannte "Revolution in militärischen Angelegenheiten" zu sprechen. Entlässt die Revolution, in diesem Fall die Revolution in militärischen Angelegenheiten ihre Kinder? Mit anderen Worten: Genügen in der Zukunft eine Handvoll High-Tech-Krieger, um jeden Konflikt in den Griff zu bekommen?

Was wir in dieser Zeit der Umbrüche jetzt vor allem brauchen, ist eine gründliche und umfassende Analyse. Nicht nur weil nach alter Erfahrung derjenige wenigsten geistig an der Spitze des Fortschritts marschieren muss, der kein Geld für Handfes-

teres hat – so hat Guderian seine Panzerarmeen schon konzipiert, als die Reichswehr noch auf Fahrrädern übte –, nein, es wäre wohl auch **noch zu früh, sich jetzt bereits auf weit in die Zukunft reichende Strukturen und Systeme festzulegen.**

Selbst in den USA ist der Streit zwischen Evolutionären und Revolutionären noch längst nicht entschieden, und die Weltmacht USA weiß wenigstens ziemlich genau, für welche politisch-strategischen Zwecke sie ihre Streitkräfte künftig brauchen will. Die Definition strategischer Interessen und die Entwicklung eines militärischen Konzeptes wäre aber das Wichtigste, bevor über den Zuschnitt der Streitkräfte befunden wird. Schließlich wollen wir **keine Neuauflage der Tirpitzschen Hochseeflotte**, die unseren Altvorderen ein riesiges Rüstungsprogramm bescherte mit einem ziemlich kläglichen strategischen Ergebnis.

Ein Maßanzug fürs europäische Mittelgewicht

Eines scheint klar zu sein: Wir brauchen Streitkräfte, die technisch auf der Höhe der Zeit sind, voll kompatibel mit denen unseres Hauptverbündeten USA, ohne zu deren Hilfstruppe zu degenerieren, die aber **keinesfalls über die "All round"-Fähigkeiten der Amerikaner** verfügen können, und deswegen auch nicht deren Abziehbild sein dürfen. Wir brauchen **einen Maßanzug für ein europäisches Mittelgewicht.**

Das Thema Revolutionierung des Kriegsbildes ist einige grundlegende Gedanken wert. Insbesondere die umfassende **Einführung von Informationstechnologien wird oftmals in ihren Auswirkungen mit der Einführung des Panzers verglichen.** Beim genaueren Hinsehen ergibt sich jedoch ein etwas differenzierteres Bild: Bei der Panzertruppe waren nämlich nur die Umstände neu, nicht aber der Grundgedanke, d.h. die rasche raumgreifende Bewegung, die ja bereits das Wesen

der assyrischen Streitwagengeschwader und der Tausendschaften Dschingis Khans ausmachte.

Wenn hingegen alle Blüenträume derer reifen, die insbesondere die sprunghafte Entwicklung der Informationstechnologie vorhersagen, dann müssten wir den revolutionären Vergleich noch tiefer ansetzen, etwa bei der militärischen Nutzung eines völlig neuen Energieträgers, des Schießpulvers, die kräftig dazu beitrug, dass sich nicht nur das Militärwesen, sondern die ganze Staatenwelt veränderte. Denn seit Beginn einer rational-empirischen Beschäftigung mit dem Thema Kriegführung galt fast als **Axiom, dass die Informationen stets unvollständig und – so Clausewitz – meist falsch** seien, und dass daher **jede Operation ein Spiel mit dem Ungewissen** sei, sozusagen mit Fortuna als Partnerin.

Der zufallslose, berechenbare Krieg

Mit den neuen Technologien gelänge es nun, so wird uns suggeriert, ein lückenloses Laggebild, eine **schattenlose Transparenz des Gefechtsfeldes** herzustellen. Der Zufall würde, wenn nicht eliminiert, so doch stark eingegrenzt, der Verlauf einer Operation, ja eines Krieges berechenbar.

Ich will das nicht einfach von der Hand weisen, bin aber doch skeptisch. Nicht nur, weil in der Kriegsgeschichte oftmals gerade dann, wenn solche Ideen besonders *en vogue* waren, die Entwicklung einen ganz anderen, überraschenden Verlauf nahm, sondern weil ich weder die averierte Perfektion erkennen, noch die Allmacht ihrer Wirkung akzeptieren kann. Abgesehen von allen denkbaren Friktionen, die gerade bei der Anwendung von Hochtechnologie nie auszuschließen sind, **entzieht sich ein wesentlicher Faktor jeder externen Aufklärung: die Absicht, der Wille des Gegners.**

Dass man selbst auf einem vollkommen transparenten Gefechtsfeld, wo jede Figur und

jede Ecke jederzeit, d.h. in Echtzeit, bekannt ist, bittere Niederlagen erleiden kann, weiß jeder Schachspieler. Mit anderen Worten – und dies verdeutlicht die Analogie zum Schachspiel: Auch die vollkommene Transparenz schützt nicht vor Überraschungen.

Der Faktor Mensch

Schon bei der Lagefeststellung lässt sich der Faktor Mensch nicht ausklammern. Denn je kleiner und zahlreicher die Mosaiksteinchen sind, aus denen das Bild zusammengesetzt werden muss, desto entscheidender kommt es auf die Beziehungen an, die ihnen unterstellt werden. Die Zahl der denkbaren Varianten steigt dabei exponentiell, und irgendwann muss man sich für eine davon entscheiden und damit dem Irrtum eine Tür öffnen.

Dazu kommen noch andere menschliche Eigenschaften, gegen die es jeder Computer schwer haben wird. **In Cannae und Stalingrad, um nur diese Beispiele zu nennen, waren die Fakten vor und nach der Schlacht hinreichend bekannt. Erst wurden sie ignoriert oder zurecht interpretiert, danach kam jede Korrektur zu spät.** Nichts spricht dafür, dass sich solches und anderes nicht heute und morgen wiederholen könnte. **Fortuna wird ihre Nischen finden.**

Kein Zweifel, Militär und Krieg im 21. Jahrhundert werden sich gegenüber heute drastisch verändern. Wir werden neue Dienste, Strukturen und Organisationsformen bekommen, die Verbände werden kleiner, schneller, wendiger sein, multifunktional und modular konstruiert. **Selbstständige Operationen einzelner Teilstreitkräfte wird es, wenn überhaupt, nur noch selten geben. Die Hierarchien flachen ab, und die Zahl der auf gleicher Ebene angesiedelten und vernetzten Komponenten nimmt zu.**

Eine spannende, ja entscheidende Frage ist, ob die neuen Möglichkeiten der Technik ge-

nutzt werden, um die Kreativität der Führung durch konsequente Delegation von Verantwortung zu stärken, oder ob Politiker und militärische Spitzen der Versuchung erliegen, alles zentral steuern zu wollen bis hin zum Mikromanagement. **Noch nie war es so leicht möglich, jedes einzelne Flugzeug und jede einzelne Kompanie direkt vom Kabinetts- oder Koalitionstisch aus zu dirigieren. Aber auch noch nie waren die Aussichten größer, Hitlers Fehler auf einer höheren Ebene der Perfektion zu wiederholen.**

Doch selbst wer sich gegen das Beispiel des GröFaZ, des "größten Feldherrn aller Zeiten", immun glaubt, sollte bedenken, dass die **unbestreitbare Verwundbarkeit moderner Kommunikationssysteme gegen "information warfare"** logisch dazu zwingt, die Untergliederungen autonom zu machen.

Der Krieg wird mehr Formen haben

Der Krieg selbst wird seine Formen und Gestalten vervielfachen. Ich verweise auf **Tom Clancy**, den Schrecken aller braven Schematiker. Wir müssen uns eben auf alles gefasst machen, was irgendwie dazu geeignet ist, mit irgendeiner Art von Gewalt politische Ziele durchzusetzen.

Es ist schon eine zynische Ironie, mit der uns Mars seine Perspektiven zeigt: Kein Jahrhundert vor uns hat den Krieg von so hoher moralischer Warte aus verurteilt und ihn als kriminelle Entgleisung aus dem Instrumentarium des fortschrittlichen Staatsmannes verbannt. Gleichzeitig wurden in keinem Jahrhundert mehr Kriege geführt und keines war erfolgreicher darin, den Krieg seiner Höchstform an Gewalt und Zerstörungskraft anzunähern – Tendenz anhaltend. **Trotz gegenteiliger Bekundungen zeigen wir im Vergleich zu vorangegangenen Zivilisationen erstaunlich wenig Geschick, den Schrecken des Krieges zu bändigen. In unseren Kriegen sterben in-**

zwischen regelmäßig mehr Zivilisten als Soldaten.

Das Neue ersetzt nichts

Mich interessiert nicht die Kulturkritik, sondern die Bestandsaufnahme, und aus der ziehe ich zwei Schlussfolgerungen: (1) Die Anwendung neuer Kriegsformen folgt ausschließlich utilitaristischen Gesichtspunkten. **Was nützt, wird gemacht.** Die Neuen kommen daher nicht substitutiv, sondern additiv; d.h. neben "cyber war" und strategischem Terrorismus wird es weiter die Land-Luftschlacht, den ABC-Krieg etc. geben. (2) Allen Formen gemeinsam als konstitutives Element ist die Gewalt bis hin zur physischen Vernichtung, die nur in der Gegengewalt und im politischen Zweck ihre Grenzen findet. Der "Hitzedämon" muss nicht immer gleich auf der obersten Sprosse der Leiter sitzen, aber der Weg dahin ist ihm stets offen, wenn nur einer der Kontrahenten das will. Daraus folgt unvermeidlich, dass der **konsequenteren und härteren Kämpfer stets im Vorteil gegenüber dem unentschlossen und halbherzigen** ist. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird daher auch im Computerzeitalter der unblutige Krieg selten sein.

Kein Krieg ohne Tote

Auch der Augenschein wirkungsvoller Drohgebärden ohne Waffeneinsatz widerlegt meine These nicht, denn ohne die glaubwürdige Entschlossenheit und Fähigkeit zur Exekution bliebe die Geste so erfolglos wie die Bombendrohung mit einer Seifenblase. **Krieg ohne Verluste an Menschenleben wird eine Illusion bleiben, der Computer taugt ohne Kämpfer als Waffe so wenig wie im Zahlungsverkehr die Kreditkarte ohne belastbares Konto.** Und dann gibt es ja auch noch die Asymmetrie der Empfindlichkeit: Nur ganz hochentwickelte Staaten und Gesellschaften sind gegenüber "cyber war" und "information warfare" anfällig. Dem Alten vom Berge und seiner Nachkommenschaft muss man

da schon handgreiflicher kommen.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist das jeweilige Kriegsbild. Der Krieg hat seit jeher einen **Proteus-Charakter**. Es kann tausendundeine Form annehmen, je nachdem, welche unter den gegebenen Verhältnissen gerade Erfolg verspricht. Seine einzige ihm eigene Konstante ist die Gewalt. Sie findet ihre natürliche Grenze nur in der Gegengewalt oder im eigenen politischen Zweck. Auch Clausewitz kannte sehr wohl das Gebot des Maßhaltens, aber nicht als beliebig abrufbares, endogenes Prinzip des Krieges, sondern als Funktion seiner jeweiligen Rahmenbedingungen.

Jede bestimmte Form des Krieges oder noch allgemeiner, des gewaltsam ausgetragenen Konfliktes, ist der Ausdruck bestimmter politischer, strategischer Umstände, mit denen sie steht, fällt oder sich ändert. Die Form ist also stets relativ oder temporär. Es gibt Umstände, die "klassische" Operationen erfordern, und andere, die die Grenze zur polizeilichen Aktion streifen. Allen gemeinsam ist die Gewalt, besser: deren optimale Anwendung.

Landnahme

Neben der Gewalt verbindet noch ein zweites gemeinsames Element das bunte Allerlei in der Büchse der Pandora: die dominierende Bedeutung des Territoriums. Zwar hat die Erdoberfläche als Operationsraum der Streitkräfte längst Konkurrenz bekommen durch die See, die Luft und neuerdings auch den Weltraum, aber sie bleibt für uns Landbewohner immer *sui generis*. Die strategische Entscheidung, bei einem voll ausgekämpften Krieg oft auch das letzte Gefecht, wird immer um einen terrestrischen Raum ausgefochten. Daran werden auch interkontinentale Reichweiten und orbitale Operationsbasen nichts ändern können. Denn als Objekt wie als Voraussetzung politischen Handelns ist das Land unersetzlich, als Träger wichtiger Ressourcen, als Wirt-

schaftsraum und vor allem als Staatsgebiet, d.h. als physische Grundlage eines Staatswesens, seiner Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit.

Das bedeutet, dass auch die Kriege der Zukunft, wo und womit immer sie beginnen, irgendwann den Punkt erreichen, an dem es darum geht, Land, ein bestimmtes Stück Erdoberfläche, zu erobern, zu verteidigen oder zu kontrollieren. Streitkräfte müssen dazu fähig sein. Dies ist, neben der Gewalt der zweite perspektivische Festpunkt, der bei einer Neukonstruktion des Militärwesens im Auge zu behalten wäre, mag sie auch sonst noch so revolutionär und andersartig ausfallen.

Atlanticus

DEZEMBER 1998

Präsidentschaft im Herbst

"Dort, wo der Stoff des Lebens aus legalistischen Beziehungsgeflechten gewoben wird, entsteht eine Atmosphäre geistiger Mediokrität, die die edelsten Antriebe des Menschen lähmt" (Alexander Solschenizyn, Harvard University, 1978): Für die politische Gesellschaft Washingtons steht die eskalierende Präsidentschaftskrise im Mittelpunkt ermüdender Gespräche. Führende Senatoren zeigen sich intern tief besorgt über den Autoritätsverlust des Präsidenten.

Das Kapitol hört auf Meinungsumfragen und das Medienecho. Klare Positionen werden nicht bezogen. "Spin doctors" sorgen im Hintergrundgespräch für den richtigen Dreh. Ausgerichtet auf den permanenten Machtkampf innerhalb des Beltway, unterbricht diese Kunstform indirekter Kommunikation den Kontakt zur Öffentlichkeit außerhalb der Hauptstadt. Washington dreht sich um sich selbst im Kreis.

Das internationale Umfeld wird von Experten mit zunehmender

Sorge beobachtet. Zwar ist die Spannung um Zypern etwas abgeflaut. Aber in Russland und auf dem Balkan gibt es kaum Aussichten für eine Erfolg versprechende westliche Krisenprävention. In Pakistan zerfallen politische, ökonomische und soziale Strukturen. Angesichts der Nuklearproliferation wächst die Besorgnis über die Entwicklung in Südasien.

In dieser Lage erweisen sich die transatlantischen Beziehungen als stabilisierend. In der Administration wird überlegt, auf ihrer Grundlage im ersten Halbjahr 1999 unkontroverse Initiativen zu starten. Der NATO-Gipfel bietet eine gute Gelegenheit, die Führungsfähigkeit des Präsidenten öffentlichkeitswirksam darzustellen.

Dennoch gilt für den Herbst 1998: Der Zeithorizont in Washington bleibt durch die Präsidentschaftskrise auf kurze Fristen beschränkt. Die öffentliche Reaktion auf das 4-stündige Video der Präsidentenvernehmung ist wichtiger als langfristige Überlegungen zu Gestalt und Inhalt transatlantischer Partnerschaft. Verbindet sich mit dieser geistigen Selbstbeschränkung eine wirtschaftliche Konjunkturabschwächung, und dafür gibt es erste Anzeichen, dann wird auf den Herbststeinbruch ein kalter Winter folgen.

THEMEN

Deutschland und Frankreich nach der Wahl: Der Motor stockt, doch es kann nur besser werden

Von Dr. Ulrike Guerot
SAIS, Washington

In den vergangenen Wochen wurde viel über die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen spekuliert. Einige Kommentatoren prophezeiten schon ein Ende der Sonderbeziehungen, die auf den Elysée-Vertrag von 1963 zurückgehen. Der

neue Bundeskanzler Gerhard Schröder stehe für eine **neue Generation deutscher Politiker**, die nicht mehr durch den Zweiten Weltkrieg und die Notwendigkeit der Aussöhnung geprägt sei. Schröder werde eher einen "Blairistischen" Ansatz in der Wirtschaftspolitik verfolgen. Manche Aussagen Schröders erweckten den Eindruck, die neue Regierung könnte die Struktur ihrer Europapolitik verändern, den Akzent mehr auf "nationale Interessen" legen – beispielsweise bei der Frage des EU-Nettobeitrages.

Doch die deutsch-französischen Beziehungen bleiben der entscheidende Pfeiler sowohl für die Weiterentwicklung der Europäischen Union als auch für die zukünftige Ausgestaltung des transatlantischen Verhältnisses. **Noch immer gilt: Nichts in Europa geht voran ohne die deutsch-französische Kooperation.**

Die zunehmende Abhängigkeit beider Länder von einer funktionsfähigen EU in allen Politikbereichen – Währungsunion, Wirtschaftspolitik, Asylfragen und Außenpolitik – könnte sogar dazu führen, die Beziehungen im alltäglichen Politik- und Entscheidungsprozeß qualitativ zu verändern und dadurch zu stärken. Dies will nicht unbedingt heißen, dass es nicht zu **Spannungen** kommen kann, die sogar in der ersten Zeit, in der sich die zwei Regierungen miteinander vertraut machen müssen, zu erwarten sind.

Aber ein kurzer Blick zurück zeigt, dass dies nicht ungewöhnlich wäre. Auch in der Mittelmeer-Ära begannen die deutsch-französischen Beziehungen zunächst mit Spannungen, bevor aus den ihnen in den 80er Jahren wieder der "Motor" der europäischen Integration wurde.

Eigentlich kann alles nur besser werden

Eigentlich kann alles nur besser werden. Denn ungeachtet der vielfältigen Freundschaftserklärungen und der

bemühten Rhetorik steckten und stecken die deutsch-französischen Beziehungen spätestens seit dem Amsterdamer Vertrag vom Juni 1997 in einer tiefen Krise.

Spekulationen über ein mögliches "Ausbalancieren" der deutsch-französischen Beziehungen durch eine vertiefte Dreieckskooperation zwischen Paris-London und Bonn/Berlin führen nicht weiter. Im Mittelpunkt sollte die Frage stehen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um den Beziehungen neue Dynamik zu verleihen – und wie wahrscheinlich diese Voraussetzungen gegeben sein werden.

Seit dem Elysee-Vertrag gab es zwei Ziele. Das erste war die **Versöhnung** zwischen zwei Völkern, die innerhalb von 100 Jahren drei blutige Kriege ausgefochten hatten. Das zweite lag in der Funktion des **Motors für die europäische Integration.** Während es heute relativ leicht ist zu argumentieren, dass die erste Funktion sich ihrer Natur nach geändert hat, und das "Krieg-oder-Frieden-Motiv" für die Nachkriegsgeneration in beiden Staaten weniger unmittelbar eingänglich ist, so bleibt die zweite Zielsetzung unvermindert gültig.

Die Selbstverständlichkeit freundschaftlicher Beziehungen begründet die Tatsache, dass es heute in der Tat weniger Personen gibt, die gleichsam "inkonditionell" und um jeden Preis für eine Verständigung eintreten. Aber dies heißt nicht, dass auch die Motorrolle sich überholt hat. Im Gegenteil mag man die Auffassung vertreten, dass gerade jene "Krieg-und-Frieden"-Rhetorik in den vergangenen Jahren die **Tendenz eines Top-down-Managements** in den deutsch-französischen Beziehungen verstärkt hat, an dem jeweils nur wenige Personen in beiden Staaten beteiligt waren. Dies, sowie die Tendenz einiger Personen, den Geist der deutsch-französischen Beziehungen gleichsam persönlich zu verkörpern, hat oft dazu geführt, dass wichtige **Meinungsunterschiede**

de zwischen Deutschland und Frankreich übertüncht wurden.

Zu einem mehr pragmatischen Bottom-up-Management zu gelangen will der französische Staatspräsident Jacques **Chirac.** Die Idee eines neuen Elysée-Vertrags, die seit 1995 in der Diskussion ist, würde sicherlich eine Reihe komplexer Probleme aufwerfen, zumal dies die Büchse der Pandora, bestehend aus strukturellen Missverständnissen, verschleierte Differenzen und uneingestandener Konkurrenz in den deutsch-französischen Beziehungen öffnen und sichtbar machen würde.

Ein neuer Elysée-Vertrag

Dennoch ist die Grundidee eines neuen Elysée-Vertrags im Grunde die, aus einer "besonderen" Beziehung eine "normale" zu machen, dabei jedoch einen qualitativen Sprung zu machen.

Der auf Frankreich wie Deutschland liegende Druck, in einem sehr engen Zeitrahmen konkrete Vorschläge für die Zukunft der europäischen Integration vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung zu machen, könnte schon bald eine neue Dynamik begründen, die die verschiedenen Ebenen der Regierungen auch die der Bürger einbezieht. Das könnte die schleichende Erosion der Beziehungen stoppen.

Denn die vergangenen fünf Jahre waren Jahre der verpassten Gelegenheiten.

Man könnte fast sagen, der **Maastrichter Vertrag hat die öffentlichen Meinungen in beiden Ländern überfordert, und damit den Fortschritt unmöglich gemacht.** Das ist um so schlimmer, als der Maastrichter Vertrag selbst, indem er die Währungsunion ohne begleitende politische Strukturen vertraglich vereinbarte, eigentlich nur ein halber Schritt war. Im Winter 1993/94 haben Deutschland und Frankreich **vielleicht die letzte**

Chance versäumt, die Vertiefung der Union vor der damaligen Norderweiterung durchzusetzen, in dem zumindest die pro-Integrationskreise auf die Weigerung des Europäischen Parlamentes setzten, der Norderweiterung ohne vorhergehende Reform der Institutionen zuzustimmen. Doch der Versuch schlug fehl, und der **Europäische Rat im griechischen Ioannina brachte nur eine numerische Anpassung der Institutionen**.

Obleich zu diesem Zeitpunkt verschiedene deutsche und französische Vorschläge über die Ausgestaltung der zukünftigen Union auf dem Tisch lagen, kam ein gemeinsamer Vorstoß nicht zustande. In diesem Zusammenhang war es dann kaum überraschend, dass die 1996 beginnende Regierungskonferenz, deren vorrangigstes Ziel eine Überarbeitung und Reform der Institutionen sein sollte, **auf beiden Seiten mit einer Low-profile-Strategie** angegangen wurde, und diese mit dem Amsterdamer Vertrag vom Juni 1997 auch nur mit einem mageren Ergebnis endete.

Kein deutsches Eintreten für die Mehrheitsregel

Die so genannte "**Flexibilitätsklausel**" mag man gerne als **Glanzstück europäischer Rhetorik bezeichnen, aber die Einschränkungen der Politikfelder, auf die sie anwendbar ist, machen ihre Effizienz zu einem Gutteil zunichte**. Die eigentliche Überraschung von Amsterdam lag in der Tatsache, dass Deutschland sich unerwarteterweise in der letzten Minute nicht mehr bereit zeigte, Mehrheitsabstimmungen im dritten Pfeiler, der **Asyl- und Innenpolitik**, zuzustimmen, obgleich bis dato das **Eintreten für mehr Mehrheitsabstimmungen** das Wahrzeichen deutscher Europapolitik gewesen ist.

Deutschland erstmals im anderen Lager

Es ist eine **Ironie der Geschichte**, dass zu dem Zeitpunkt, da Frankreich – in der Vergangenheit dafür bekannt, ein "starkes Europa" mit "schwachen Institutionen" zu wollen – bereit war, einer Stärkung der Institutionen in Richtung politische Union zuzustimmen, Deutschland hierfür nicht mehr bereit stand. In dem Moment, als Frankreich zusammen mit Italien und Belgien ein Zusatzprotokoll über die notwendige Vertiefung zeichnete, stand Deutschland erstmalig im anderen Lager.

Weder die deutsch-französische Initiative in der Kulturpolitik auf dem Weimarer Gipfel im September 1997 noch der gemeinsame "Brief von Nürnberg" über GASP-Themen und III. Pfeiler vom Dezember 1997, der im übrigen mehr eine Beschreibung des "acquis" denn ein Strategiepapier für die Zukunft war, konnte über die Spannungen im deutsch-französischen Dialog hinwegtäuschen. Die letzte deutsch-französische Initiative vor dem Europäischen Gipfel in Cardiff im Juni 1998 galt dem Subsidiaritätsprinzip – bewegte sich also eher vom Integrationsansatz weg – und in seiner Tonalität stand dieses Dokument in einem **fast krassen Gegensatz zu allem, was bisher insbesondere deutsche Regierungen an europapolitischen Vorlagen produziert hatten**.

Alle diese Versuche, den "Motor" in Schwung zu halten, konnten über eine tiefgreifende deutsch-französische Differenz nicht hinwegkleistern, und diese betraf die fehlenden *politischen* Strukturen *innerhalb* des ersten Pfeilers, sprich der Währungsunion, eben jene Debatte, die die Franzosen unter dem Stichwort "**gouvernement économique**" führten.

Währungsunion und politische Union nicht zwei getrennte Dinge

Der deutsche Trugschluss war es, fehlende politische Strukturen innerhalb der WWU durch Vorantreiben der politischen Union in den beiden

anderen Pfeilern kompensieren zu wollen, als ob Währungs- und Politische Union zwei getrennte Dinge seien, wo doch die Währungsunion im Grunde als solche bereits das Herzstück der politischen Union ist. So war das französische Hauptargument, nämlich dass die WWU zumindest ansatzweise Strukturen der Transparenz und des politischen Managements bedürfte – z.B. der besseren Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik –, und zwar allein schon, um die **EZB** davor zu bewahren, zum alleinigen Sündenbock für eine eventuelle Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation in Europa zu werden, in Deutschland schlichtweg inakzeptabel, da man damit gemeinhin eine Aushöhlung der Unabhängigkeit der Zentralbank assoziierte.

Anders formuliert: der französische Wunsch, die WWU mit ansatzweise politischer Macht und vor allen Dingen Verantwortung auszustatten, stieß in Deutschland auf taube Ohren: das Land, das einst der härteste Verfechter der politischen Union war, zeigte sich unwillig, diese Maxime auch auf das instituierte, ökonomische System der Europäische Union anzuwenden, in dem wiederholt geäußert wurde, dass "Wirtschaftspolitik ausschließlich Sache der Nationalstaaten" sei.

Zankapfel: Die Rolle des Staates in der Wirtschaft

Etwas abstrakter ausgedrückt könnte man auch sagen, dass sich Deutschland und Frankreich nicht auf den Platz bzw. die Rolle des Staates in der Wirtschaft einigen konnten. Dieser Konflikt entlud sich dann besonders spannungsreich in den deutsch-französischen Streitigkeiten um den **Stabilitätspakt**, wobei Frankreich prinzipiell die Idee dauerhafter finanzpolitischer Stabilität akzeptierte, sich jedoch **gegen "automatische Sanktionen"** im Falle von haushaltspolitischen Schwierigkeiten wandte. Diese Spannungen belasteten im Juni 1997 zunächst den

deutsch-französischen **Gipfel in Poitiers** wie auch den nachfolgenden Europäischen Gipfel in **Amsterdam**. Und letzteres, obgleich der Stabilitätspakt noch nicht einmal auf der Amsterdamer Tagesordnung stand, was nur noch deutlicher zeigt, dass wohl kaum ein Thema so sehr zur **Belastungsprobe** für die deutsch-französischen Beziehungen geworden war, wie eben die Ausgestaltung der Währungsunion.

Die Mitte-Links-Regierungen bestimmen die Tendenz in Europa

Nun ist es aber eine der wahrscheinlichsten Entwicklungen, dass die deutsche Position zur Währungsunion sich unter der neuen Regierung entwickeln bzw. verändern wird. Bundeskanzler Schröder hat anlässlich seines Paris-Besuches nur wenige Tage nach den Wahlen hervorgehoben, dass die nationalen Wirtschaftspolitiken im Rahmen der Währungsunion mehr Koordinierung und tendenziell sogar der Harmonisierung bedürften. Ebenso sprach er sich für eine gemeinsame Beschäftigungsstrategie auf EU-Ebene aus. **Oskar Lafontaine**, der neue Finanzminister, hat sogar davon gesprochen, dass Deutschland – und Europa – einer **expansiveren Geldpolitik** bedürfe, und dass das europäische Problem eher die Deflation, nicht die Inflation sei. Somit hat sich der Ton in Deutschland in Sachen Wirtschaftspolitik deutlich geändert, und selbst Begriffe wie Nachfragepolitik sind nicht mehr tabu.

Natürlich ist diesen Äußerungen eine gewisse rhetorische Pflichtübung anheimzustellen. Und natürlich könnte die neue Regierung – vielleicht eher als ihr lieb ist – von den Realitäten bzw. Erwartungen, insbesondere der Finanzmärkte, eingeholt werden. **Deutschlands Industrie- und Bankenmilieu wird eine Kehrtwende in der Geld- und Wirtschaftspolitik wohl kaum kampflos hinnehmen. Und natürlich ist die EZB unab-**

hängig, und kann weder von der deutschen noch irgendeiner anderen europäischen Regierung beeinflusst werden. Aber es ist auch ein Faktum, dass sich Geldpolitik nicht in einem politischen Vakuum vollzieht, und die politische Realität in Europa ist eben, dass 13 von 15 Mitgliedsstaaten von Mitte-links bzw. Linksregierungen geführt werden.

Näher an Frankreichs Wirtschaftsdenken?

In Paris interpretieren einige der politisch Verantwortlichen die neue deutsche Position als ein **"Heranrücken" an das französische Denken**, und erwarten eine neue europäische Dynamik im Bereich der Wirtschaftspolitik, die auf einem stärkeren deutsch-französischen Willen basieren könnte, flankierende wirtschaftspolitische Strategien im Rahmen der WWU voranzutreiben und durchzusetzen. Die jüngsten Vorschläge von **Lionel Jospin**, einen europäischen Kredit aufzunehmen, um die großen europäischen Infrastrukturprojekte zu finanzieren, mit der Hoffnung, dass sich dies wachstums- und beschäftigungsfördernd auswirkt, zeigen auch in diese **Richtung, die an die "Weißbuch"-philosophie von Jacques Delors von 1993 anknüpft.**

Die Bandbreite einer besseren deutsch-französischen Verständigung in Sachen WWU und ihrer (wirtschafts-)politischen Komponente umfasst auch die äußeren Aspekte der Währungsunion, insbesondere die Darstellung Europas und des Euros nach außen. Die französischen Vorschläge für das G7-Treffen im Oktober 1998 – Stärkung des **Euro 11-Rates** als Repräsentanten des zukünftigen "Eurolandes" in internationalen Organisationen wie **IMF oder G7** – haben natürlich auch etwas mit dem Schweißen eines **neuen Zusammengehörigkeitsgefühls**, einer "politischen Einheit" zu tun, die einer politischen Union vorausgeht. Und während sich die letzte deutsche Regierung auf dem informellen ECOFIN-Rat im September 1998 den französischen Ideen einer

Euro-Außenvertretung durch den Euro-11 – Rat eher ablehnend gezeigt hat, könnte die neue Regierung auch hier ihre Position ändern. Und da sowohl die inneren wie die äußeren Aspekte der Währungsunion den Kern einer zukünftigen politischen Union berühren, könnte eine bessere deutsch-französische Verständigung in diesen zentralen Themen auch zum Hebel für eine (Wieder-) Annäherung in den übrigen europäischen Politikfeldern werden.

Behutsame Änderungen, keine radikalen Wechsel

Dies wird natürlich langsam vonstatten gehen, und eine radikale Änderung im deutsch-französischen Vorgehen in Sachen WWU steht nicht zu erwarten. Beide Länder haben im übrigen Zeit, Änderungen behutsam vorzunehmen, da sowohl Frankreich als auch Deutschland bis zum Jahre 2002 "wahlfrei" und daher ohne wahltaktische Zwänge sind. So könnte der Schlüssel für einen neuen "Aufbruch" in den deutsch-französischen Beziehungen durchaus in einer besser konvergierenden Haltung hinsichtlich der Ausgestaltung der Währungsunion liegen, zumal diese thematisch für die Politikgestaltung so breit gefächert ist, dass die Zivilgesellschaft, z.B. Gewerkschaften, Konsumenten, Arbeitgeberorganisatoren und andere Wirtschaftsakteure gewinnbringend einbezogen werden können.

Diese neue deutsch-französische Dynamik im Bereich der WWU wird möglicherweise positive **"spill-over"-Effekte für die anderen, stockenden EU-Politikfelder freisetzen, insbesondere was die drei großen Themenkomplexe – institutionelle Reform, Erweiterung und Agenda 2000** – anbelangt, die natürlich eng zusammenhängen. Eines ist sicher, nämlich dass die voraussichtlich harten Verhandlungen über diesen Themenkomplex entweder – wie in der Vergangenheit – durch eine deutsch-französische Initiative

"geknackt", sprich: als Gesamtpaket geschnürt werden, oder aber alles bleibt blockiert.

Frankreich und Deutschland haben es bereits im vergangenen Jahr versäumt, sich auf eine Art "Rat der Weisen" zu verständigen, dem man die Aufgabe hätte anvertrauen können, eine Art "Blaupause" für die institutionelle und finanzielle Ausgestaltung der erweiterten Union zu skizzieren. Jetzt läuft die Zeit aus, da über die Agenda 2000 – d.h. über den neuen Finanzrahmen der Union – noch vor Jahresfrist 1999 entschieden werden muss, und eine **deutsch-französische Initiative ist notwendiger denn je**.

Frankreichs Sorgen

Frankreich scheint dabei interessanterweise durchaus dazu bereit, ernsthafte Anstrengungen zu machen, um die deutsch-französische Partnerschaft intakt zu halten. Möglicherweise gibt es in Paris doch die eine oder andere Sorge, Deutschland könne europapolitisch in Richtung Großbritannien abdriften. Der **unerwartete und überraschende Zusammenschluss z.B. der Frankfurter mit der Londoner Börse im Sommer 1998** wird gerne als Indiz dafür gesehen, dass Deutschland seine Europapolitik neu zu orientieren gedenke. Wenn diese Sorge denn besteht, dann besteht auch der französische Wille zu beweisen, dass Frankreich auch in Zukunft Deutschlands bester und zuverlässigster Partner sein wird.

Die jüngsten Erklärungen des französischen Europaminister Moscovici zur Frage der EU-Nettobeiträge, in der dieser einräumt, dass Deutschland tatsächlich eine zu hohe Last zu tragen habe, waren ein **erster Schritt, die französische Öffentlichkeit auf eine höhere Beteiligung Frankreichs am EU-Budget einzustimmen**. Es war auch ein klares Signal an die neue deutsche Regierung, dass Frankreich zu zusätzlichen finanziellen Anstrengungen bereit ist. Man mag dies damit erklären wollen, dass Frankreich, oftmals

isoliert in EU-Politikfeldern wie GASP, NATO oder transatlantische Beziehungen, **Deutschland den Hof macht**, um sich auf diese Art und Weise seine privilegierten Beziehungen zu Deutschland zu sichern, und diese noch unumkehrlicher zu machen, womit es Deutschland davon abhalten will, sich "anderweitig" nach Partnern umzuschauen.

Deutschland muss als Zahlerland entlastet werden

Aber Deutschland bedarf in der Tat des französischen Entgegenkommens in der Nettozahlerdebatte, denn Frankreich wird, wenn auch nicht die einzige, so doch die wichtigste Variable sein, um einen neuen EU-Finanzrahmen aufzusetzen, der Deutschland spürbar und nachhaltig entlastet. Ansonsten steht Deutschland in dieser Frage eher alleine da, und kann nicht so sehr auf Verständnis oder gar Entgegenkommen der anderen Mitgliedstaaten setzen. Beide, Deutschland wie Frankreich, haben daher ein großes Interesse, eine Kompromisslösung über die Agenda 2000 zu verhandeln, die möglicherweise in der jeweiligen nationalen Perspektive als suboptimal erscheinen mag, in europäischer Perspektive jedoch als optimal gelten könnte.

Verhandlungsspielräume bei Agenda 2000 und Osterweiterung

Deutschland hat z.B. in der Frage der **Gemeinsamen Agrarpolitik** Verhandlungsspielräume, da die neue Regierung weniger abhängig von der Agrarlobby sein dürfte. Aber (finanzielle) französische Zugeständnisse werden ihren Preis haben, und dieser dürfte in einem klareren deutschen Bekenntnis zur Notwendigkeit institutionellen Reformen liegen, die in Amsterdam versäumt wurden. Frankreich scheint mehr als Deutschland entschieden, das Tempo der Osterweiterung von substanziellen Veränderungen und Verbesserungen des institutionellen Systems der EU abhängig zu

machen, und wirkt bereits darauf hin, dass es schon beim nächsten EU-Gipfel in Wien zu bindenden Ergebnissen kommt.

Aber Deutschlands Interesse an der Osterweiterung ist unmittlbarer als das französische, und daher könnte in der Verknüpfung der Agenda 2000, insbesondere ihrer finanziellen Aspekte, mit der Frage der Erweiterung/Vertiefung durchaus der Schlüssel zu einer neuen deutsch-französischen Initiative liegen, an der beide Staaten ein vitales Interesse haben. Man mag dieses Argument noch um die Komponente der Eitelkeit bereichern, insofern davon ausgegangen werden kann, dass der neue deutsche Bundeskanzler sicherlich bestrebt sein dürfte, eine dynamische deutsche Ratspräsidentschaft zu gestalten, um seine eigene Autorität in Sachen Europapolitik zu bekräftigen. Der französische Wunsch, aus ähnlich gelagerten Motiven, ihm dabei entgegenzukommen, lassen die Spekulationen über ein Ende des deutsch-französischen Motors als verfrüht erscheinen.

Heute zahlen, morgen ernten

Natürlich stehen beiden Ländern große Schwierigkeiten bevor, die anstehenden europapolitischen Entscheidungen auf die unteren Ebenen der Politikgestaltung – die regionale und kommunale Entscheidungsebene – zu übertragen, und für die Bürger ansprechend darzustellen. Denn die **Crux der Europapolitik liegt ja heutzutage zumeist gerade darin, dem Bürger unmittlbar und konkrete "short-term-costs" (z.B. die Finanzlast der EU) mit dem Versprechen auf eher vage "long-term-benefits" (z.B. die "Stabilisierung Osteuropas") akzeptabel zu machen**: ein beschwerliches Unterfangen, wenn man gleichzeitig Wahlzwängen unterliegt. So ist das französische Parteiensystem, maßgeblich aufgrund europapolitischen Dissens in fast allen Parteien, so gut wie festgefahren, weswegen der Front National spätestens seit den letzten Parlamentswahlen 1997 in die

Rolle der Arbitrage-Macht schlüpfen konnte, und seither in der Lage ist, die Rückkehr der bürgerlich-rechten Parteien zur Regierungsmacht strukturell zu verhindern.

Deutsche Länder eine europapolitische Opposition

In Deutschland hingegen hat das **Fehlen von europapolitischen "Transmissionsriemen"** dazu geführt, dass sich die Bundesländer, gestützt auf die Neufassung von Art. 23 GG, mehr und mehr auf die Rolle einer horizontalen europapolitischen Opposition im bundesdeutschen politischen System zu bewegen. Insofern ist die Idee, wie sie auch in den Chirac-Vorschlägen zum Ausdruck kommt, nämlich die deutsch-französische Kooperation ganz pragmatisch auf alle Ebenen des tagtäglichen *policy-making* und damit auch auf die verschiedenen politischen Entscheidungsebenen auszudehnen – z.B. durch regelmäßige, gemeinsame Parlamentsausschusssitzungen anstatt pompös veranstalteter Gipfeltreffen – viel versprechend, und kann sich nur gewinnbringend auf die Beziehungen auswirken.

Zwei große Missverständnisse: Frankreichs Rückkehr zu alter Größe und Deutschlands Wirtschaftsmacht

In einer neuen Form des deutsch-französischen Dialogs liegt vor allen Dingen die Chance, dass ein neuer Blick *auf* die deutsch-französischen Beziehungen wie auch ein neues "*out-fit*" derselben dazu beiträgt, zwei der permanenten und reziproken Missverständnisse auszuräumen, die schon seit längerem das Verhältnis belasten. Was Deutschland anbelangt, so ist dies die schwelende Unterstellung, dass **Frankreich via seiner Europapolitik lediglich den Weg zurück zur ehemaligen "politique de la grandeur" in der Außenpolitik** zurückfinden

will, indem es z.B. eine internationale Rolle für den Euro und eine eigenständige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität anstrebt, wobei – in deutschen Augen – beides einen untergründigen anti-amerikanischen Beigeschmack hat. Was Deutschland dabei oft nicht wahrhaben will, ist, dass sein eigenes Zögern, eine gewisse Art von politischer Verantwortung in gesamteuropäischer Hinsicht auf sich zu nehmen, z.B. in Fragen der EU-Außenbeziehungen, sei es in Fragen der GASP, oder aber der externen Aspekte der WWU, Europa in politischer Hinsicht natürlich schwächt. Europa kann nicht dauerhaft eine wirtschaftlicher Riese auf tönernen politischen Füßen bleiben.

Frankreich unterliegt stets der Versuchung, Deutschland in seiner Wirtschaftskraft überzubewerten, und z.B. die Osterweiterung unter dem Blickwinkel zu betrachten, dass diese wirtschaftlich am meisten Deutschland nütze, Deutschland allerdings bestrebt sei, die finanziellen Bürden derselben auf ganz Europa abzuladen. Frankreich wäre viel damit geholfen, wenn es in einer realistischeren Einschätzung damit beginnen würde, in Deutschland einen momentan eher wirtschaftlich wie politisch schwachen Partner zu erkennen, der nach den dramatischen Umwälzungen von 1989/ 90 noch ohne klare innere Orientierung ist. **Frankreich sollte sich eher ob eines schwachen, nicht eines starken Deutschlands sorgen, denn nichts wird sich wirklich in Europa bewegen, wenn Deutschland unentschlossen ist.**

Frankreich und Deutschland haben beide eigentlich alles dabei zu gewinnen, ihre Energien zusammenzulegen, um die strukturellen Probleme zu überwinden, mit denen beide zu kämpfen haben: wirtschaftliche und soziale Rigiditäten, hohe Arbeitslosigkeit und demographische Probleme mit den dazugehörigen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Alterssicherung.

Beide Länder wissen, dass diese Probleme aufgrund der wirtschaftlichen Interdependenz nicht mehr im nationalen Alleingang, sondern nur noch in einer neuen Form der pragmatischen, kontinuierlichen und alltäglichen Kooperation in allen Politikbereichen gelöst werden können. Beide wissen auch, dass innerhalb wie auch außerhalb Europas das Überleben eines "europäischen Modells", einer "bestimmten Idee von Europa" in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht, die vitale Interessen beider Länder einschließt, im wesentlichen von der deutsch-französischen Partnerschaft abhängt. Dies alles mag letztlich Motivation genug sein, um den Tank wieder aufzufüllen, und den Motor erneut zum Laufen zu bringen.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der PMG
Postfach 1928, 53009 Bonn

Redaktion

Dr. Marco Althaus (V.i.S.d.P.)
Coventrystr. 1, 65934 Frankfurt am Main
Tel./Fax (069) 38 89 04
E-Mail althaus@p-mg.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
sechsmal jährlich nach den Mitt-
wochstreffen der **pmg**.

